

**BASF Aktiengesellschaft
Jahresabschluss 2006**



Inhalt

- 2 Lagebericht
- 9 Corporate-Governance-Bericht
- 24 Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Jahresabschluss der BASF Aktiengesellschaft

- 25 Gewinn-und-Verlust-Rechnung
- 26 Bilanz
- 27 Anhang zum Jahresabschluss der
BASF Aktiengesellschaft

Der Jahresabschluss und der Lagebericht der BASF Aktiengesellschaft (BASF AG) für das Geschäftsjahr 2006 werden zum elektronischen Bundesanzeiger eingereicht und dort bekanntgemacht.

Der Jahresabschluss und Lagebericht der BASF AG sowie die Anteilsbesitzliste der BASF AG können auch im Internet eingesehen werden unter:
> corporate.basf.com/cg_berichte

Lagebericht zum Jahresabschluss der BASF Aktiengesellschaft

Struktur und Organisation

Rechtliche Unternehmensstruktur

In der BASF-Gruppe nimmt die BASF Aktiengesellschaft mit Sitz in Ludwigshafen die zentrale Stellung als größte operative Gesellschaft ein. Sie hält direkt bzw. indirekt die Anteile an den zur BASF-Gruppe gehörenden Gesellschaften. Die Aktien der BASF AG sind börsengehandelt.

Organisation

14 Unternehmensbereiche der BASF-Gruppe tragen die geschäftliche Verantwortung und steuern unsere 68 globalen und regionalen Geschäftseinheiten. Von den 14 Unternehmensbereichen der BASF-Gruppe sind zehn in der BASF AG operativ vertreten. Das operative Geschäft der BASF AG stellt somit nur einen Teilausschnitt des globalen Gesamtgeschäfts dar. Daher ist der Jahresabschluss der BASF AG für die Beurteilung der BASF-Gruppe nicht repräsentativ, einen vollständigen Einblick kann nur der Abschluss der BASF-Gruppe vermitteln.

Grundlagen der Rechnungslegung

Im Konzernabschluss der BASF-Gruppe ist der nach International Financial Reporting Standards (IFRS) aufgestellte Abschluss der BASF AG berücksichtigt.

Nachfolgend erläutern wir den nach deutschen handelsrechtlichen Vorschriften (HGB) aufgestellten Jahresabschluss der BASF AG.

Ertragslage

Für die Beurteilung des Ergebnisses der BASF AG ist zu unterscheiden zwischen dem operativen Ergebnis aus der Eigenproduktion der BASF AG und aus dem Vertrieb von Produkten anderer europäischer BASF-Gruppengesellschaften sowie dem Ergebnis aus der Funktion der BASF AG als Muttergesellschaft der BASF-Gruppe. Diese Holding-Funktion spiegelt sich vor allem im Finanzergebnis wider.

Corporate Governance

Die Prozesse der Corporate Governance innerhalb der BASF gelten gleichermaßen für die BASF AG und die BASF-Gruppe. Aus diesem Grund entsprechen sich die Ausführungen zur Corporate Governance im Jahresabschluss der BASF AG (Seite 9 bis 23) und im Finanzbericht der BASF-Gruppe. Darin enthalten ist der Vergütungsbericht mit den Angaben nach § 289 Abs. 2 Nr. 5 Handelsgesetzbuch und die Angaben gemäß § 289 Abs. 4 Handelsgesetzbuch, die Bestandteile des vom Wirtschaftsprüfer geprüften Lageberichts sind.

Millionen €	2006	2005
Umsatzerlöse	15.734	14.935
Bruttoergebnis vom Umsatz	3.661	3.904
Ergebnis der Betriebstätigkeit (EBIT)	911	808
Beteiligungsergebnis	1.987	1.267
Zinsergebnis	-252	-171
Übriges Finanzergebnis	-392	-191
Finanzergebnis	1.343	905
Ergebnis vor Ertragsteuern*	2.254	1.713
Jahresüberschuss	1.951	1.273

* Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit

Umsatz

Veränderung

	2006		2005	
	Millionen €	%	Millionen €	%
Mengenveränderung	586	4,0	-277	-2,0
Preisveränderung	451	3,0	734	+5,2
Währungseinflüsse	-36	-0,2	18	+0,1
Provisionen, Lizenzen, sonstige Geschäfte u.a.	-202	-1,4	386	+2,8
	799	5,4	861	+6,1

Regionen

Millionen €	2006	2005
Europa	12.374	11.479
davon Deutschland	4.628	4.451
Nordamerika	966	926
Asien, Pazifischer Raum	1.644	1.727
Südamerika, Afrika, Naher Osten	750	803
	15.734	14.935

Ergebnis der Betriebstätigkeit

Der Umsatz der BASF AG stieg im Jahr 2006 im Vergleich zum Vorjahr um 5,4 %. In nahezu allen Bereichen konnte der Umsatz gesteigert werden. Sowohl erhöhte Absatzmengen als auch angehobene Verkaufspreise trugen zu dieser positiven Umsatzentwicklung bei.

Auf Grund der hohen Rohstoffkosten blieben die Margen unter Druck. Dennoch konnte das Ergebnis der Betriebstätigkeit (EBIT) im Jahr 2006 um 103 Millionen € auf 911 Millionen € gesteigert werden. Nach Währungsverlusten von 42 Millionen € im Jahr 2005 wurden im Berichtsjahr Währungsgewinne von 78 Millionen € erzielt. Zudem verringerte sich die Belastung durch negative Sondereinflüsse (im Wesentlichen Strukturmaßnahmen) von 214 Millionen € auf 100 Millionen €.

Finanzergebnis

Die Erhöhung des Finanzergebnisses um 438 Millionen € auf 1.343 Millionen € resultiert aus dem um 720 Millionen € auf 1.987 Millionen € gestiegenen Beteiligungsergebnis. Insbesondere höhere Dividenden und Ergebnisübernahmen führten zu diesem Anstieg.

Das Zinsergebnis sank durch erhöhte Aufwendungen im Zuge der Akquisitionen von -171 Millionen € im Vorjahr auf -252 Millionen € im Jahr 2006.

Wesentlicher Einflussfaktor für den Rückgang des übrigen Finanzergebnisses um 201 Millionen € auf -392 Millionen € stellten Abschreibungen auf Darlehen und eine Rückstellung im Zusammenhang mit der vorläufigen Stilllegung der THF-Produktionsanlage in Caojing/China dar.

Jahresüberschuss

Der Jahresüberschuss von 1.951 Millionen € ist um 678 Millionen € höher als im Vorjahr.

Ursache hierfür ist neben der Verbesserung des operativen Ergebnisses und des Finanzergebnisses auch der Rückgang des Steueraufwands.

Vermögens- und Finanzlage

	2006		2005	
	Millionen €	%	Millionen €	%
Anlagevermögen	19.143	51,5	18.602	59,8
Umlaufvermögen und übrige Aktiva	18.037	48,5	12.505	40,2
Gesamtvermögen	37.180	100,0	31.107	100,0
Eigenkapital	10.197	27,4	10.199	32,8
Rückstellungen	6.195	16,7	6.105	19,6
Verbindlichkeiten und übrige Passiva	20.788	55,9	14.803	47,6
Gesamtkapital	37.180	100,0	31.107	100,0

Vermögenslage

Die Bilanzsumme weist einen Anstieg von 20 % gegenüber dem Vorjahr aus. Diese Erhöhung steht größtenteils in Zusammenhang mit der Finanzierung der 2006 getätigten Akquisitionen von Engelhard Corp., Degussa Bauchemie und Johnson Polymer.

BASF AG finanzierte die Akquisitionen durch die Begebung von Commercial Papers sowie von drei neuen Anleihen. Diese Maßnahmen führten zu einem Anstieg der Verbindlichkeiten von 5.220 Millionen €. BASF AG hat der BASF US Verwaltung GmbH zum Erwerb der Engelhard Corp. ein Darlehen gewährt, das nahezu die gesamte Erhöhung des Umlaufvermögens umfasst.

Darüber hinaus erhöhte sich das Anlagevermögen um 541 Millionen €, im Wesentlichen bedingt durch den Anstieg der Finanzanlagen auf Grund von Kapitalerhöhungen bei Tochtergesellschaften.

Im Eigenkapital sanken die Gewinnrücklagen durch den Rückkauf von Aktien um 937 Millionen €. Auf Grund des im Vergleich zum Vorjahr um 678 Millionen € höheren Jahresüberschusses sowie des Gewinnvortrags von 274 Millionen € bleibt das Eigenkapital jedoch nahezu unverändert.

Finanzlage

Im Jahr 2006 konnten wir den Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit im Vergleich zu 2005 nochmals erhöhen. Mit 2.818 Millionen € wurde eine Steigerung um 53 % gegenüber dem bereits sehr hohen Vorjahreswert erzielt.

Der Cashflow aus Investitions- und Finanzierungstätigkeit beträgt –6.412 Millionen € gegenüber 119 Millionen € im Vorjahr. Die Treiber dieser Veränderung sind die 2006 getätigten Akquisitionen. Geld und Geldanlagen verringerten sich um 352 Millionen € auf 3.863 Millionen €. Darin enthalten sind 3,7 Milliarden €, die 2005 in den BASF Pensionstreuhand e.V. eingebracht wurden, der dieses Vermögen als Verwaltungstreuhand für die BASF AG und als Sicherheitstreuhand für die Versorgungsberechtigten verwaltet. Diese zweckgebundenen Mittel sind nach HGB weiterhin in der Bilanz der BASF AG auszuweisen.

Mitarbeiter

Die Aufwendungen der BASF AG für ihre Mitarbeiter belaufen sich für das Jahr 2006 auf 2,77 Milliarden € (Vorjahr 2,75 Milliarden €). Am 31.12.2006 waren 33.220 (Vorjahr 34.143) Mitarbeiter für das Unternehmen tätig.

Unternehmensleitung und Arbeitnehmervertretung haben im Jahr 2004 gemeinsam die Beschäftigungsperspektive „Mit Veränderung zu Stabilität“ für das Stammwerk Ludwigshafen verabschiedet, die einen Personalstand von 32.000 Beschäftigungsverhältnissen vorsieht. Dieser Zielwert ist auf das Jahresende 2008 bezogen.

Personalabbauprogramme mit betriebsbedingten Kündigungen sind bis 2010 ausgeschlossen, wenn der Zielwert von 32.000 termingerecht erreicht wird. Maßnahmen zur Standortsicherung und Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit sind unternehmerische Daueraufgaben, von deren Gelingen auch der Personalstand der Zukunft entscheidend abhängen wird. Die Vereinbarung wird weiterhin jährlich mit den Arbeitnehmervertretern auf ihre Tragfähigkeit hin überprüft.

Wir fördern die Beteiligung unserer Mitarbeiter am Unternehmen. Insgesamt erwarben die Mitarbeiter der BASF AG im vergangenen Jahr durch das „plus“-Programm 441.840 Aktien. Sofern die Mitarbeiter ihre Aktien langfristig halten, erhalten sie zusätzliche Aktien gratis vom Unternehmen.

Forschung und Entwicklung

Innovationen sind unverzichtbar für das profitable Wachstum der BASF. Kundenbedürfnisse und technologischer Fortschritt sind dabei die wesentlichen Innovationstreiber. Vielfach sind unsere Produkte Impulsgeber für den Fortschritt in anderen Branchen. Dort dienen sie als Basis für innovative Endprodukte; deren Erfolg stärkt unsere Geschäftsentwicklung.

Weltweit arbeiteten 2006 über 8.300 Mitarbeiter in Forschung und Entwicklung der BASF. Hinzu kommen zirka 1.500 Kooperationen mit Universitäten, Forschungsinstituten, Start-up-Unternehmen und Industriepartnern. So haben wir beispielsweise im vergangenen Jahr das Katalysatorlabor CarLa in Zusammenarbeit mit der Universität Heidelberg auf deren Campus eröffnet.

Pro Jahr meldet die BASF durchschnittlich 1.100 Chemiepatente an – damit sind wir weltweit die Nummer eins unter den Chemieunternehmen.

Im zurückliegenden Geschäftsjahr hat BASF AG 817 Millionen € für Forschung und Entwicklung aufgewendet. Dies entspricht rund 5 % des Umsatzes. Auch im Jahr 2007 wollen wir weiter in unsere Forschungs- und Entwicklungsvorhaben investieren, um unsere Wettbewerbsposition nachhaltig zu stärken.

Umweltschutz und Sicherheit

Wer langfristig erfolgreich sein will, muss nachhaltig wirtschaften. Wir haben uns anspruchsvolle Ziele bei Umweltschutz, Produktsicherheit, Arbeitssicherheit und Transportsicherheit gesetzt, die wir bis zum Jahr 2012 erreichen wollen. So wirtschaften wir nachhaltig für eine lebenswerte Zukunft und erfüllen unsere strategische Leitlinie mit Leben.

Die Betriebskosten für Umweltschutz in der BASF AG beliefen sich im Jahr 2006 auf insgesamt 347 Millionen € (2005: 321 Millionen €). Außerdem haben wir im selben Zeitraum 81 Millionen € in neue und verbesserte Umweltschutzanlagen und -einrichtungen investiert (2005: 49 Millionen €). Diese Investitionen umfassen sowohl nachsorgende als auch produktionsintegrierte Umweltschutzmaßnahmen.

Sichere und gesunde Arbeitsbedingungen zu fördern und zu erhalten ist ein Grundsatz, zu dem wir uns verpflichtet haben. Zugleich ist diese Sicherheit Voraussetzung, um störungsfrei zu produzieren.

Im Jahr 2006 kam es am Standort Ludwigshafen zu 1,8 Unfällen mit Ausfalltagen pro eine Million geleistete Arbeitsstunden. Im Vergleich zum Vorjahr bedeutet dies einen Rückgang um 3 %.

Für den Transport und die Lagerung chemischer Produkte haben wir global einheitliche Standards aufgestellt, die auch für unsere Partnerfirmen gelten. Mit Sicherheitsprüfungen und Schulungen gewährleisten wir, dass unsere Partner die hohen Anforderungen erfüllen.

Grundsätze und Ziele unseres Finanzmanagements

Das Finanzmanagement der BASF-Gruppe ist weitgehend zentral organisiert und wird durch regionale Kompetenzzentren unterstützt. Unsere Finanzierungs- und Anlagepolitik ist wertorientiert. Das Risikomanagement hat Vorrang vor Rentabilitätsaspekten. Währungs-, Zinsänderungs- und Bonitätsrisiken werden im Rahmen des Finanzmanagements systematisch analysiert und durch den Einsatz von modernen Prozessen und Finanzinstrumenten begrenzt.

Die Kapitalstruktur der BASF kontrollieren wir mit einem effizienten Finanzplanungsinstrumentarium unter Berücksichtigung ausgewählter Finanzkennzahlen.

Risikomanagementsystem

Ziele und Grundsätze des Risikomanagements

Die BASF AG ist in das Risikomanagementsystem der BASF-Gruppe eingebunden. Spezifische Einzelrisiken der Unternehmens- und Fachbereiche werden fortlaufend zentral erfasst, bewertet und verfolgt. Über definierte Kommunikationslinien wird die Risikosituation der BASF-Gruppe regelmäßig an den Vorstand berichtet. Wir überwachen permanent bestimmte Risikofelder mit Hilfe von Kennzahlen und Indikatoren. Eine unmittelbare Berichterstattung erfolgt bei Erreichen definierter Risikoschwellen. Der Vorstand wird in monatlichen Berichten durch die Einheit Corporate Controlling über die gegenwärtige und erwartete Geschäftsentwicklung sowie die Risiken informiert. Strategische Chancen und Risiken werden in den regelmäßig überprüften Produktbereichs- und Regionalstrategien bewertet und gegeneinander abgewogen. Der Abschlussprüfer und Corporate Audit prüfen jährlich beziehungsweise fortlaufend die Funktionsfähigkeit und Effektivität des Risikomanagementsystems sowie dessen kontinuierliche Weiterentwicklung und Integration in die Geschäftsprozesse. Auch im Jahr 2006 haben wir den gruppenweiten Risikomanagementprozess weiterentwickelt auf der Grundlage von international anerkannten Standards wie dem Rahmenwerk Enterprise Risk Management (ERM) – Integrated Framework des COSO (Committee of Sponsoring Organizations of the Treadway Commission). Einer der Schwerpunkte lag auf der Entwicklung eines neuen IT-Systems.

Risiken der zukünftigen Entwicklung

Konjunkturrisiko

Wir erwarten 2007 weder ausgeprägte Risiken für die Chemiebranche und die Gesamtkonjunktur noch gravierende Änderungen der Marktbedingungen und Wettbewerbsverhältnisse. Mögliche Risiken bestehen in einer fortgesetzten Volatilität des Ölpreises und in einem sogenannten Hard-Landing der US-Wirtschaft, von dem wir derzeit aber nicht ausgehen. Risiken gehen darüber hinaus von einer möglichen Verschärfung geopolitischer Spannungsfelder und einer Destabilisierung derzeit politisch stabiler Systeme aus.

Regulierungsrisiken

Die neue europäische Chemikalienverordnung REACH wurde Mitte Dezember 2006 verabschiedet und wird am 1. Juni 2007 in Kraft treten. Die Richtlinie führt neue Regelungen zur Registrierung, Bewertung und Zulassung chemischer Substanzen ein. Dies birgt die Gefahr, dass wir und unsere europäischen Kunden gegenüber den außereuropäischen Wettbewerbern durch kostenintensive Test- und Registrierungsverfahren benachteiligt werden. Bei der Umsetzung von REACH rechnen wir bis 2018 mit Aufwendungen in Höhe von rund 50 Millionen € pro Jahr.

Im Rahmen des EU-Emissionshandels wurden der BASF-Gruppe für ihre an den europäischen Standorten betroffenen Anlagen (Energieumwandlung und -umformung) Emissionsberechtigungen (EUA) für etwa 7 Millionen Tonnen Kohlendioxid (CO₂) für das Jahr 2006 zugeteilt. In der zweiten Handelsperiode (2008–2012) wird europaweit auch ein Teil der Chemieanlagen in den Emissionshandel einbezogen werden.

Darüber hinaus ist wegen des verstärkten Drucks der EU-Kommission mit erhöhten Reduktionsvorgaben innerhalb des Gesamtsystems zu rechnen, wodurch Zusatzkosten für die BASF entstehen können.

Finanzwirtschaftliche Risiken

Finanzwirtschaftliche Risiken werden in der Treasury-Abteilung der Konzernzentrale überwacht und gesteuert. Für den Umgang mit finanzwirtschaftlichen Risiken bestehen detaillierte Richtlinien und Vorgaben, die unter anderem eine Funktionstrennung von Handel und Abwicklung vorsehen.

Währungs-, Zinsänderungs- und Preisrisiken:

Diese Risiken werden durch derivative Instrumente abgesichert. Erläuterungen zum Einsatz von Derivaten sowie Angaben über die Nominal- und Marktwerte dieser Instrumente sind in Anmerkung 22 des Anhangs zum Jahresabschluss enthalten.

Liquiditätsrisiken:

Risiken aus Zahlungsstromschwankungen erkennen wir frühzeitig im Rahmen unseres Liquiditätsplanungssystems. Auf Grund unserer guten Ratings, des laufenden Commercial-Papers-Programms sowie von Banken verbindlich zugesagter Kreditlinien können wir jederzeit auf umfangreiche liquide Mittel zurückgreifen.

Bonitäts- oder Ausfallrisiken:

Länderrisiken begrenzen wir durch interne Länderratings, die fortlaufend an die sich ändernden Rahmenbedingungen angepasst werden. Als Hauptinstrumente zur Absicherung gegen spezifische Länderrisiken setzen wir Ausfuhrkreditversicherungen und Investitionsgarantien ein.

Kreditrisiken für unsere Geldanlagen mindern wir, indem wir nur Transaktionen im Rahmen festgelegter Limits mit Geschäftspartnern und Banken sehr guter Bonität tätigen. Auch der Zahlungsverkehr wird über solche Banken abgewickelt. Ausfallrisiken für den Forderungsbestand reduzieren wir, indem die Bonität und das Zahlungsverhalten der Kunden ständig überwacht und entsprechende Kreditlimits festgelegt werden. Zudem werden Risiken durch Kreditversicherungen und Bankgarantien begrenzt.

Marktrisiken

Verfügbarkeit und Preisvolatilität der Einsatzstoffe, insbesondere von Ölprodukten, stellen für die BASF ein Risiko dar. Dieses verringern wir durch unsere weltweiten Einkaufsaktivitäten, langfristige Bezugsverträge sowie optimierte Verfahren zum Kauf zusätzlicher Rohstoffmengen auf den Spotmärkten und durch Warenderivate. Risiken durch eine Veränderung der Rohstoffsituation begegnen wir langfristig durch die Entwicklung neuer Technologien.

Beurteilung des Gesamtrisikos der BASF AG

Auf Basis der derzeit verfügbaren Informationen bestehen nach unserer Einschätzung gegenwärtig und in absehbarer Zukunft keine wesentlichen Einzelrisiken. Auch die Gesamtsumme der einzelnen Risiken gefährdet nicht den Fortbestand der BASF AG.

Nachtragsbericht

Seit Beginn des Geschäftsjahres 2007 haben sich keine wesentlichen Änderungen der Unternehmenssituation und des Branchenumfeldes ergeben.

Ausblick

Wir erwarten für 2007 eine weiterhin robuste Entwicklung mit einem realen Wachstum der Weltwirtschaft von 3,2 %. Stabile geopolitische Konstellationen und eine solide Wirtschaftspolitik sind hierfür Voraussetzung.

Wir haben unserer Geschäftsplanung folgende Annahmen zu Grunde gelegt:

- Wachstum der Weltwirtschaft von 3,2% für 2007
- Ölpreise um 55 US\$/Barrel im Jahresdurchschnitt 2007 mit eher fallender Tendenz in den Folgejahren
- US-Dollar-Wechselkurs von durchschnittlich 1,30 US\$ pro €
- Im Jahresverlauf 2007 moderat ansteigende Zinsen primär in Europa

Seit Beginn des Jahres 2007 hat sich die gute Entwicklung unseres Geschäfts fortgesetzt. In der Annahme, dass sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen entwickeln wie vorangehend beschrieben, gehen wir für 2007 von einer positiven Geschäftsentwicklung der BASF AG aus.

Ziele und Maßnahmen:

- **Umsatz:** Für das Jahr 2007 erwarten wir einen höheren Umsatz als im Vorjahr.
- **Ergebnis:** Für 2007 streben wir einen Jahresüberschuss auf dem Niveau des Jahres 2006 an.
- **Dividende und Aktienrückkauf:** Wir wollen unseren Aktionären eine attraktive Dividendenrendite bieten. Daher streben wir an, die Dividende auch künftig jährlich zu steigern, sie zumindest aber auf dem Niveau des Vorjahres zu halten. Zudem beabsichtigen wir, auch in Zukunft eigene Aktien zurückzukaufen.
- **Investitionen:** Das für das Jahr 2007 geplante Investitionsvolumen beträgt zirka 350 Millionen € und liegt damit voraussichtlich unter den Abschreibungen. Die vorgesehenen Investitionen wollen wir aus dem Cashflow der laufenden Geschäftstätigkeit finanzieren.

Corporate-Governance-Bericht

Corporate Governance umfasst das gesamte System der Leitung und Überwachung eines Unternehmens, einschließlich seiner Organisation, seiner geschäftspolitischen Grundsätze und Leitlinien sowie der internen und externen Kontroll- und Überwachungsmechanismen. Gute und transparente Corporate Governance gewährleistet eine verantwortliche, auf Wertschöpfung ausgerichtete Leitung und Kontrolle des Unternehmens. Sie fördert das Vertrauen der nationalen und internationalen Anleger, der Finanzmärkte, der Geschäftspartner und Mitarbeiter sowie der Öffentlichkeit in die BASF.

Die BASF misst guter Corporate Governance einen hohen Stellenwert bei. Wir unterstützen deshalb den Deutschen Corporate Governance Kodex, den wir als ein wichtiges Instrument zur kapitalmarktorientierten Weiterentwicklung von Unternehmensführung und -kontrolle ansehen. Den Empfehlungen des im Juni 2006 geänderten Deutschen Corporate Governance Kodex folgen wir mit wenigen Ausnahmen. Die gemeinsame Entsprechenserklärung 2006 von Vorstand und Aufsichtsrat ist am Ende dieses Kapitels auf Seite 23 wiedergegeben. Ebenso erfüllt die BASF auch die meisten der nichtobligatorischen Anregungen des Deutschen Corporate Governance Kodex.

> Die Entsprechenserklärung 2006, ein Überblick über die Umsetzung der Kodex-Anregungen und der Deutsche Corporate Governance Kodex sind im Internet veröffentlicht unter: corporate.basf.com/governance_d

Durch die Notierung der BASF-Aktien an der New York Stock Exchange (NYSE) unterliegt die BASF auch den US-amerikanischen Kapitalmarktgesetzen einschließlich des im Jahr 2002 erlassenen Sarbanes-Oxley Act (SOA) sowie den Regeln der US-amerikanischen Wertpapierhandelsaufsicht Securities and Exchange Commission (SEC) und der NYSE.

Auf Grund von Section 404 SOA haben wir das interne Kontrollsystem in der Finanzberichterstattung in einem IT-System gruppenweit einheitlich dokumentiert. Auf dieser Basis wurde im Jahr 2006, unter Einbeziehung sämtlicher Managementebenen, das interne Kontrollsystem in der Finanzberichterstattung erneut beurteilt. Als Ergebnis dieser Beurteilung wurde die Effektivität des Systems festgestellt.

Der Abschlussprüfer hat in seinem Testat das Ergebnis unserer Selbstbeurteilung bestätigt. Das interne Kontrollsystem in der Finanzberichterstattung entspricht in allen Belangen den Anforderungen der Section 404 SOA sowie des als Kontrollrahmenwerk angewendeten COSO-Frameworks.

Grundwerte und Leitlinien der BASF-Gruppe/ Verhaltenskodex

Zur Gewährung eines hohen Corporate-Governance-Standards hat der Vorstand mit den „Grundwerten und Leitlinien“ der BASF-Gruppe und dem „Verhaltenskodex/Compliance-Programm“ die geschäftspolitischen Grundsätze und Verhaltensleitlinien für die Tätigkeit der BASF

festgelegt und im gesamten Unternehmen bekanntgemacht. Im Verhaltenskodex werden die Anforderungen an das Verhalten der Mitarbeiter, basierend auf dem Grundwert der Integrität, detailliert beschrieben. Besonders wichtig ist für uns die Einhaltung aller einschlägigen Gesetze, und zwar insbesondere kartell- und wettbewerbsrechtlicher Vorschriften, von Embargo- und Exportkontrollbestimmungen einschließlich der Chemiewaffenkontrollgesetze sowie arbeitsrechtlicher und anlagensicherheitsrechtlicher Bestimmungen. Dazu gehört auch das Verbot, Insiderwissen für persönliche Zwecke auszunutzen, das Verbot, Geschäftspartnern und Vertretern staatlicher Stellen Vorteile zu gewähren oder sich solche Vorteile gewähren zu lassen, und der verantwortungsvolle Umgang mit dem Vermögen der BASF. Unsere interne Revision prüft regelmäßig in Zusammenarbeit mit dem Chief Compliance Officer der BASF die Einhaltung der Verhaltensregeln.

> Die „Grundwerte und Leitlinien“ und der „Verhaltenskodex“ sind im Internet veröffentlicht unter: corporate.basf.com/grundwerte

Leitung und Kontrolle des Unternehmens durch Vorstand und Aufsichtsrat

In der deutschen Aktiengesellschaft arbeiten – anders als in vielen anderen Ländern – zwei Gremien zusammen: der Vorstand und der Aufsichtsrat. Beide Gremien sind personell strikt voneinander getrennt. Ein Mitglied des Aufsichtsrats kann nicht zugleich Mitglied des Vorstands sein.

Der Vorstand der BASF leitet das Unternehmen in eigener Verantwortung und vertritt die BASF Aktiengesellschaft bei Geschäften mit Dritten. Sein Handeln und seine Entscheidungen richtet er dabei am Unternehmensinteresse aus. Er verpflichtet sich dem Ziel einer nachhaltigen Steigerung des Unternehmenswerts. Der Vorstand trifft seine Entscheidungen durch Beschluss grundsätzlich mit einfacher Mehrheit. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des Vorstandsvorsitzenden.

Der Vorstand berichtet dem Aufsichtsrat regelmäßig, zeitnah und umfassend über alle für das Unternehmen relevanten Fragen der Planung, der Geschäftsentwicklung, der Risikolage und des Risikomanagements und stimmt mit dem Aufsichtsrat die strategische Ausrichtung des Unternehmens ab. Für bestimmte in der Satzung der

BASF Aktiengesellschaft festgelegte Geschäfte der Gesellschaft muss der Vorstand vor Abschluss die Zustimmung des Aufsichtsrats einholen. Dazu gehört beispielsweise der Erwerb von Unternehmensbeteiligungen mit einem Kaufpreis von mehr als 100 Millionen € oder die Aufnahme neuer und die Aufgabe vorhandener Geschäftszweige.

Der Aufsichtsrat der BASF Aktiengesellschaft bestellt die Vorstandsmitglieder und überwacht und berät den Vorstand bei der Leitung des Unternehmens. Der Aufsichtsrat der BASF Aktiengesellschaft besteht aus 20 Mitgliedern und setzt sich nach dem deutschen Mitbestimmungsgesetz jeweils zur Hälfte aus Vertretern der Aktionäre, die von der Hauptversammlung gewählt werden, und Vertretern der Arbeitnehmer zusammen. Er entscheidet durch Beschluss grundsätzlich mit einfacher Mehrheit. Bei Stimmgleichheit hat der Aufsichtsratsvorsitzende in einer zweiten Abstimmung bei erneuter Stimmgleichheit ein zweifaches Stimmrecht.

Neben dem Vermittlungsausschuss hat der Aufsichtsrat den Ausschuss für personelle Angelegenheiten und Kreditgewährungen (Personalausschuss) und den Prüfungsausschuss eingerichtet. Dem **Personalausschuss** hat der Aufsichtsrat unter anderem die Festlegung der Vorstandsbezüge und der sonstigen Bedingungen der Vorstandsverträge übertragen. Dem Ausschuss gehören der Aufsichtsratsvorsitzende Professor Dr. Jürgen Strube als Vorsitzender sowie die Aufsichtsratsmitglieder Robert Oswald, Dr. Tessen von Heydebreck und Michael Vassiliadis an. Einzige Aufgabe des **Vermittlungsausschusses** ist es, einen Vorschlag für die Bestellung eines Vorstandsmitglieds zu machen, wenn in einem ersten Wahlgang im Aufsichtsrat die erforderliche Zwei-Drittel-Mehrheit nicht erreicht wurde. In dem anschließenden zweiten Wahlgang bedarf die Bestellung des Vorstandsmitglieds lediglich der einfachen Mehrheit. Dem Vermittlungsausschuss gehören der Aufsichtsratsvorsitzende Professor Dr. Jürgen Strube als Vorsitzender sowie die Aufsichtsratsmitglieder Wolfgang Daniel, Robert Oswald und Dr. Tessen von Heydebreck an.

Der **Prüfungsausschuss** bereitet die Verhandlungen und Beschlüsse des Aufsichtsrats zur Billigung des Jahres- und Konzernabschlusses vor, prüft den bei der US-Wertpapieraufsichtsbehörde Securities and Exchange Commission einzureichenden Annual Report on Form 20-F und befasst sich mit der Risikoüberwachung und den internen Kontrollen der Rechnungslegung. Der Prüfungsausschuss ist zudem für die Beziehungen zum Abschlussprüfer der Gesellschaft zuständig: Er bereitet den Vorschlag des Aufsichtsrats an die Hauptversammlung zur Wahl des Abschlussprüfers vor, überwacht dessen Unabhängigkeit, legt gemeinsam mit dem Abschlussprüfer die Schwerpunkte der Abschlussprüfung fest,

vereinbart das Prüfungshonorar und legt die Bedingungen für die Erbringung von Leistungen außerhalb der Abschlussprüfung (Non-Audit Services) durch den Abschlussprüfer fest. Mitglieder dieses Ausschusses sind Max Dietrich Kley, Dr. Karlheinz Messmer, Hans Dieter Pötsch und Michael Vassiliadis. Vorsitzender des Prüfungsausschusses ist Max Dietrich Kley. Max Dietrich Kley und Hans Dieter Pötsch verfügen als ehemaliger Finanzvorstand der BASF beziehungsweise Finanzvorstand der Volkswagen AG über besondere Kenntnisse und Erfahrungen in der Anwendung von Rechnungslegungsgrundsätzen und internen Kontrollverfahren und sind vom Aufsichtsrat als Audit Committee Financial Experts benannt worden.

> Die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats und die von ihnen wahrgenommenen Mandate in Aufsichtsorganen anderer Gesellschaften sind auf den Seiten 12 bis 14 aufgeführt. Die Vergütung von Vorstand und Aufsichtsrat wird ausführlich im Vergütungsbericht auf den Seiten 15 bis 19 dargestellt.

Rechte der Aktionäre

Die Aktionäre nehmen ihre Mitverwaltungs- und Kontrollrechte in der Hauptversammlung wahr. Jede Aktie der BASF gewährt eine Stimme. Die Aktionäre haben die Möglichkeit, ihr Stimmrecht in der Hauptversammlung selbst auszuüben oder es durch einen Bevollmächtigten ihrer Wahl oder durch einen weisungsgebundenen Stimmrechtsvertreter der Gesellschaft ausüben zu lassen. Eine Höchstgrenze für Stimmrechte eines Aktionärs oder Sonderstimmrechte besteht nicht. Damit ist das Prinzip „one share, one vote“ vollständig umgesetzt. Jeder Aktionär ist berechtigt, an der Hauptversammlung teilzunehmen, dort das Wort zu den jeweiligen Tagesordnungspunkten zu ergreifen und Auskunft über Angelegenheiten der Gesellschaft zu verlangen, soweit dies zur sachgemäßen Beurteilung eines Gegenstands der Tagesordnung erforderlich ist.

Angaben gemäß § 289 Abs. 4 Handelsgesetzbuch

Zum 31. Dezember 2006 betrug das gezeichnete Kapital der BASF Aktiengesellschaft 1.282.790.400,00 €, eingeteilt in 501.090.000 Inhaberaktien ohne Nennbetrag (davon 1.410.000 zurückgekaufte und zum Einzug vorgesehene Aktien). Jede Aktie gewährt in der Hauptversammlung eine Stimme. Stimmrechts- und Übertragungsbeschränkungen bestehen nicht.

Für die Bestellung und die Abberufung der Mitglieder des Vorstands gelten die gesetzlichen Bestimmungen in §§ 84, 85 Aktiengesetz und §§ 31, 33 Mitbestimmungsgesetz. Die Änderung der Satzung der BASF Aktiengesellschaft bedarf nach § 17 Ziffer 2 der BASF Satzung abweichend von § 179 Abs. 2 Aktiengesetz eines Beschlusses der Hauptversammlung mit lediglich einfacher Kapitalmehrheit, sofern nicht das Gesetz zwingend eine größere Mehrheit oder weitere Erfordernisse bestimmt. Im Übrigen

gelten die gesetzlichen Bestimmungen in §§ 179, 133 Aktiengesetz.

Der Vorstand der BASF Aktiengesellschaft ist durch Beschluss der Hauptversammlung vom 29. April 2004 ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 1. Mai 2009 das gezeichnete Kapital um bis zu insgesamt 500 Millionen € durch Ausgabe neuer Aktien zu erhöhen (genehmigtes Kapital). Der Vorstand ist dabei zudem ermächtigt, in bestimmten in § 3 Ziffer 8 der BASF-Satzung aufgeführten Fällen das gesetzliche Bezugsrecht der Aktionäre auszuschließen.

Die Hauptversammlung hat den Vorstand am 4. Mai 2006 ermächtigt, bis zum 3. November 2007 bis zu 10 % der Aktien zu erwerben. Der Erwerb erfolgt nach Wahl des Vorstands über die Börse, im Wege eines an alle Aktionäre gerichteten öffentlichen Erwerbsangebots oder unter Einsatz von Put- und Call-Optionen. Der Vorstand ist ermächtigt, die erworbenen Aktien einzuziehen. Die erworbenen Aktien dürfen nur nach einem weiteren Beschluss der Hauptversammlung, der einer Drei-Viertel-Mehrheit bedarf, wieder ausgegeben werden.

Im Fall eines Kontrollwechsels erhalten die Vorstandsmitglieder unter bestimmten zusätzlichen Voraussetzungen eine Entschädigung, die im Einzelnen im Vergütungsbericht auf der Seite 18 beschrieben ist. Ein Kontrollwechsel liegt dabei vor, wenn ein Aktionär der BASF den Besitz von mindestens 25 % der BASF Aktien oder die Aufstockung einer solchen Beteiligung mitteilt. Darüber hinaus erhalten Arbeitnehmer der BASF Aktiengesellschaft und Tochtergesellschaften, die als sogenannte Obere Führungskräfte der BASF-Gruppe eingestuft sind, eine Abfindung, wenn ihr Anstellungsverhältnis innerhalb eines Zeitraums von 18 Monaten nach dem Eintritt eines Kontrollwechsels von Seiten des Unternehmens beendet wird, es sei denn, die Beendigung ist durch ein schuldhaftes Verhalten des Arbeitnehmers veranlasst. Der gekündigte Arbeitnehmer erhält in diesem Fall eine Abfindung in Höhe von maximal 1,5 Jahresbezügen (Festgehalt), abhängig von der Anzahl der Monate, die seit dem Kontrollwechsel verstrichen sind.

Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung

Die Gesellschaft hat eine Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung abgeschlossen, in deren Deckung die Tätigkeit der Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats einbezogen ist (D&O-Versicherung). Diese Versicherung sieht einen angemessenen Selbstbehalt vor.

Aktienbesitz von Mitgliedern des Vorstands und des Aufsichtsrats

Kein Mitglied des Vorstands oder des Aufsichtsrats hält Aktien der BASF Aktiengesellschaft und darauf bezogene Optionen oder sonstige Derivate, die 1 % des Grundkapitals oder mehr repräsentieren. Darüber hinaus beträgt auch der Gesamtbesitz aller Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder weniger als 1 % der von der Gesellschaft ausgegebenen Aktien.

Aktiengeschäfte von Vorstand und Aufsichtsrat (meldepflichtige Wertpapiergeschäfte nach § 15a Wertpapierhandelsgesetz)

Die Mitglieder von Vorstand und Aufsichtsrat sowie bestimmte Angehörige sind nach § 15a Wertpapierhandelsgesetz verpflichtet, den Erwerb und die Veräußerung von BASF-Aktien und anderer darauf bezogener Rechte der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht und der Gesellschaft mitzuteilen, sofern die Wertgrenze von 5.000 € innerhalb des Kalenderjahres überschritten wird.

Im Jahr 2006 sind von Mitgliedern von Vorstand und Aufsichtsrat insgesamt zwanzig meldepflichtige Erwerbs- und zwei meldepflichtige Veräußerungsgeschäfte mit Stückzahlen zwischen 25 und 3.100 BASF-Aktien mitgeteilt worden. Der Preis pro Stück lag zwischen 59,92 € und 72,77 €. Das Volumen der einzelnen Geschäfte lag zwischen 1.498 € und 203.932 €.

> Alle im Jahr 2006 mitgeteilten Geschäfte werden im Internet veröffentlicht unter: www.basf.de/governance_d

Organe der Gesellschaft

Vorstand

Dem Vorstand der BASF Aktiengesellschaft gehörten zum 31. Dezember 2006 neun Mitglieder an.

DR. JÜRGEN HAMBRECHT

Vorsitzender des Vorstands

Aufgabenbereich: Legal, Taxes & Insurance; Strategic Planning & Controlling; Communications BASF Group; Global HR – Executive Management & Development; Investor Relations

Erstbestellung: 1997 (Vorsitzender seit 2003)

Ablauf des Mandats: 2011

Aufsichtsräte (ohne Konzernmandate):

Bilfinger Berger AG (AR-Mitglied)

EGGERT VOSCHERAU

Stellvertretender Vorsitzender

Aufgabenbereich: Arbeitsdirektor; Human Resources; Environment, Safety & Energy; Occupational Medicine & Health Protection; Corporate & Governmental Relations; Ludwigshafen Verbund Site; Antwerp Verbund Site; Europe

Erstbestellung: 1996

Ablauf des Mandats: 2008

Aufsichtsräte (ohne Konzernmandate):

HDI Haftpflichtverband der Deutschen Industrie VvaG (AR-Mitglied)

Talanx AG (AR-Mitglied)

CropEnergies AG (AR-Vorsitzender)

Deutsche Bahn AG (AR-Mitglied)

Konzernmandate i. S. v. § 100 Abs. 2 AktG:

BASF Schwarzheide GmbH (AR-Vorsitzender)

Vergleichbare in- und ausländische Kontrollgremien:

BASF Antwerpen N.V. (Vorsitzender des Verwaltungsrats)

Nord Stream AG (AR-Mitglied)

DR. KURT BOCK

Aufgabenbereich: Finance; Global Procurement & Logistics; Information Services; Corporate Controlling; Corporate Audit; South America

Erstbestellung: 2003

Ablauf des Mandats: 2007

Konzernmandate i. S. v. § 100 Abs. 2 AktG:

Wintershall Holding AG (AR-Mitglied)

Wintershall AG (AR-Mitglied)

BASF Coatings AG (AR-Mitglied)

Vergleichbare in- und ausländische Kontrollgremien:

The European Equity Fund Inc. (Mitglied des Board of Directors)

The Central Europe and Russia Fund Inc. (Mitglied des Board of Directors)

DR. MARTIN BRUDERMÜLLER

Aufgabenbereich: Asia Pacific (seit April 2006)

Erstbestellung: 2006

Ablauf des Mandats: 2008

DR. JOHN FELDMANN

Aufgabenbereich: Styrenics; Performance Polymers;

Polyurethanes; Oil & Gas; Polymer Research

Erstbestellung: 2000

Ablauf des Mandats: 2009

Konzernmandate i. S. v. § 100 Abs. 2 AktG:

Wintershall Holding AG (AR-Vorsitzender)

Wintershall AG (AR-Vorsitzender)

DR. ANDREAS KREIMEYER

Aufgabenbereich: Construction Chemicals (seit Juli 2006); Coatings

(seit April 2006); Functional Polymers; Performance Chemicals;

Asia Pacific (bis März 2006)

Erstbestellung: 2003

Ablauf des Mandats: 2007

Konzernmandate i. S. v. § 100 Abs. 2 AktG:

BASF Coatings AG (AR-Vorsitzender)

KLAUS PETER LÖBBE

Aufgabenbereich: Coatings (bis März 2006); Catalysts (seit Juni 2006);

North America (NAFTA)

Erstbestellung: 2002

Ablauf des Mandats: 2008

DR. STEFAN MARCINOWSKI

Sprecher der Forschung

Aufgabenbereich: Inorganics; Petrochemicals; Intermediates;

Chemicals Research & Engineering; Corporate Engineering; Science Re-

lations & Innovation Management; BASF Future Business GmbH

Erstbestellung: 1997

Ablauf des Mandats: 2012

Konzernmandate i. S. v. § 100 Abs. 2 AktG:

Wintershall Holding AG (AR-Mitglied)

Wintershall AG (AR-Mitglied)

PETER OAKLEY

Aufgabenbereich: Agricultural Products; Fine Chemicals; Specialty

Chemicals Research; BASF Plant Science GmbH

Erstbestellung: 1998

Ablauf des Mandats: 2008

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat der BASF Aktiengesellschaft besteht aus zwanzig Mitgliedern, von denen die eine Hälfte als Vertreter der Aktionäre durch die Hauptversammlung und die andere Hälfte von den Arbeitnehmern gewählt wird. Mit Ausnahme von Hans Dieter Pötsch sind die Vertreter der Aktionäre in der Hauptversammlung am 6. Mai 2003 gewählt worden. Hans Dieter Pötsch ist am 2. März 2004 vom Amtsgericht Ludwigshafen für den am 6. Februar 2004 verstorbenen Helmut Werner gerichtlich bestellt worden. Die Arbeitnehmervertreter wurden mit Ausnahme von Ralf Sikorski und Michael Vassiliadis am 25. Februar 2003 von den Arbeitnehmergremien gewählt. Ralf Sikorski wurde vom Amtsgericht Ludwigshafen an Stelle von Gerhard Zibell, der mit Wirkung zum 31. Juli 2003 sein Mandat niedergelegt hatte, mit Wirkung ab dem 7. August 2003 gerichtlich bestellt. Michael Vassiliadis ist am 1. August 2004 als von den Arbeitnehmern gewähltes Ersatzmitglied für Dr. Jürgen Walter, der sein Mandat zum 31. Juli 2004 niedergelegt hat, in den Aufsichtsrat eingetreten. Die laufende Amtszeit aller Aufsichtsratsmitglieder endet mit Ablauf der Hauptversammlung der BASF Aktiengesellschaft im Jahr 2008.

Mitglieder des Aufsichtsrats (Stand: 31. Dezember 2006)

PROFESSOR DR. JÜRGEN STRUBE, Mannheim
Vorsitzender des Aufsichtsrats der BASF Aktiengesellschaft
Ehemaliger Vorsitzender des Vorstands der BASF Aktiengesellschaft
Aufsichtsräte (ohne Konzernmandate):
Allianz Deutschland AG (AR-Mitglied) (ab 10/2006)
Allianz Lebensversicherungs-AG (AR-Mitglied) (bis 10/2006)
Bayerische Motoren Werke AG (AR-Mitglied)
Bertelsmann AG (stellvertretender AR-Vorsitzender)
Commerzbank AG (AR-Mitglied)
Fuchs Petrolub AG (AR-Vorsitzender)
Hapag-Lloyd AG (AR-Mitglied)
Linde AG (AR-Mitglied)

ROBERT OSWALD, Altrip
Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats der
BASF Aktiengesellschaft
Vorsitzender des Betriebsrats des Werks Ludwigshafen
der BASF Aktiengesellschaft und des Konzernbetriebsrats der BASF

RALF BASTIAN, Neuhofen
Mitglied des Betriebsrats des Werks Ludwigshafen der
BASF Aktiengesellschaft

WOLFGANG DANIEL, Limburgerhof
Stellvertretender Vorsitzender des Betriebsrats des Werks
Ludwigshafen der BASF Aktiengesellschaft

PROFESSOR DR. FRANÇOIS N. DIEDERICH, Zürich/Schweiz
Professor an der Eidgenössischen Technischen Hochschule
Zürich

MICHAEL DIEKMANN, München
Vorsitzender des Vorstands der Allianz SE
Aufsichtsräte (ohne Konzernmandate):
Linde AG (stellvertretender AR-Vorsitzender)
Deutsche Lufthansa AG (AR-Mitglied)
Konzernmandate i. S. v. § 100 Abs. 2 AktG:
Allianz Deutschland AG (AR-Vorsitzender)
Allianz Global Investors AG (AR-Vorsitzender)
Dresdner Bank AG (AR-Vorsitzender)
Vergleichbare in- und ausländische Kontrollgremien:
Assurances Générales de France
(Mitglied des Verwaltungsrats)
Riunione Adriatica di Sicurtà S. p. A.
(Mitglied des Verwaltungsrats)

DR. TESSEN VON HEYDEBRECK, Frankfurt/Main
Mitglied des Vorstands der Deutschen Bank AG
Aufsichtsräte (ohne Konzernmandate):
BVV Versicherungsverein des Bankgewerbes a. G. (AR-Mitglied)
Dürr AG (AR-Mitglied) (bis 5/2006)
Konzernmandate i. S. v. § 100 Abs. 2 AktG:
Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG (AR-Mitglied)
DWS Investment GmbH (AR-Mitglied)
Vergleichbare in- und ausländische Kontrollgremien:
Deutsche Bank OOO (AR-Vorsitzender)
Deutsche Bank Luxembourg S. A.
(Vorsitzender des Verwaltungsrats)
Deutsche Bank Polska S. A. (AR-Vorsitzender)
Deutsche Bank Rt. (AR-Vorsitzender)
Deutsche Bank Trust Corp. (AR-Mitglied)
DB Trust Company America (AR-Mitglied)

ARTHUR L. KELLY, Chicago/Illinois
Geschäftsführender Gesellschafter der KEL Enterprises L. P.
Aufsichtsräte (ohne Konzernmandate):
Bayerische Motoren Werke AG (AR-Mitglied)
Vergleichbare in- und ausländische Kontrollgremien:
Data Card Corporation (Mitglied des Board of Directors)
Deere & Company (Mitglied des Board of Directors)
Northern Trust Corporation (Mitglied des Board of Directors)
Snap-on Incorporated (Mitglied des Board of Directors)

ROLF KLEFFMANN, Wehrbleck
Vorsitzender des Betriebsrats der Erdölwerke Barnstorf der
Wintershall Holding AG

MAX DIETRICH KLEY, Heidelberg
Rechtsanwalt
Ehemaliger stellvertretender Vorsitzender des Vorstands der
BASF Aktiengesellschaft

Aufsichtsräte (ohne Konzernmandate):

HeidelbergCement AG (AR-Mitglied)
Infineon Technologies AG (AR-Vorsitzender)
Schott AG (AR-Mitglied)
SGL Carbon AG (AR-Vorsitzender)

Vergleichbare in- und ausländische Kontrollgremien:

UniCredito Italiano S.p.A. (Mitglied des Verwaltungsrats)

PROFESSOR DR. RENATE KÖCHER, Allensbach
Geschäftsführerin des Instituts für Demoskopie Allensbach,
Gesellschaft zum Studium der öffentlichen Meinung mbH

Aufsichtsräte (ohne Konzernmandate):

Allianz SE (AR-Mitglied)
MAN AG (AR-Mitglied)
Infineon Technologies AG (AR-Mitglied)

EVA KRAUT, Ludwigshafen
Vorsitzende des Betriebsrats der BASF IT Services GmbH,
Betrieb Ludwigshafen

ULRICH KÜPPERS, Ludwigshafen
Landesbezirksleiter der Industriegewerkschaft Bergbau,
Chemie, Energie – Landesbezirk Rheinland-Pfalz/Saarland

Aufsichtsräte (ohne Konzernmandate):

Klinikum der Stadt Ludwigshafen gGmbH
(stellvertretender AR-Vorsitzender)
STEAG Saar Energie AG (stellvertretender AR-Vorsitzender)
Technische Werke Ludwigshafen AG (TWL)
(stellvertretender AR-Vorsitzender)
Villeroy & Boch AG (AR-Mitglied)

KONRAD MANTEUFFEL, Bensheim
Mitglied des Betriebsrats des Werks Ludwigshafen der
BASF Aktiengesellschaft

Aufsichtsräte (ohne Konzernmandate):

BASF Pensionskasse VVaG (stellvertretender AR-Vorsitzender)
LUWOG Wohnungsunternehmen der BASF GmbH (AR-Mitglied)

DR. KARLHEINZ MESSMER, Weisenheim am Berg
Betriebsleiter im Werk Ludwigshafen der BASF Aktiengesellschaft
Vorsitzender des Sprecherausschusses der BASF Aktiengesellschaft

HANS DIETER PÖTSCH, Wolfsburg
Mitglied des Vorstands der Volkswagen AG

Aufsichtsräte (ohne Konzernmandate):

Allianz Versicherungs AG (AR-Mitglied)
Bizerba GmbH & Co. KG (AR-Mitglied; ab Januar AR-Vorsitzender)

PROFESSOR DR. HERMANN SCHOLL, Stuttgart
Vorsitzender des Aufsichtsrats der Robert Bosch GmbH und Geschäfts-
führender Gesellschafter der Robert Bosch Industrietreuhand KG

Aufsichtsräte (ohne Konzernmandate):

Robert Bosch GmbH (AR-Vorsitzender)

Vergleichbare in- und ausländische Kontrollgremien:

Robert Bosch Internationale Beteiligungen AG
(Mitglied des Verwaltungsrats)
Robert Bosch Corporation (Mitglied des Board of Directors)
Sanofi-Aventis S. A. (Mitglied des Verwaltungsrats) (bis April 2006)

RALF SIKORSKI, Ludwigshafen
Bezirksleiter der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie,
Energie – Bezirk Ludwigshafen

ROBERT STUDER, Zürich/Schweiz
Ehemaliger Vorsitzender des Aufsichtsrats der Union Bank
of Switzerland

Vergleichbare in- und ausländische Kontrollgremien:

Espirito Santo Financial Group S. A. (Mitglied des Verwaltungsrats)
Renault S. A. (Mitglied des Verwaltungsrats)
Schindler Holding AG (Mitglied des Verwaltungsrats)

MICHAEL VASSILIADIS, Hemmingen
Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstands der
Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie

Aufsichtsräte (ohne Konzernmandate):

Henkel KGaA (AR-Mitglied)
K+S AG (stellvertretender AR-Vorsitzender)
K+S Kali GmbH (stellvertretender AR-Vorsitzender)
STEAG AG (stellvertretender AR-Vorsitzender)

Vergütungsbericht

Der Vergütungsbericht beschreibt die Grundzüge des Vergütungssystems für die Vorstandsmitglieder und erläutert Struktur und Höhe der individuellen Vorstandseinkommen. Der Bericht enthält weiterhin Angaben zu Leistungen, die den Vorstandsmitgliedern für den Fall der Beendigung ihrer Tätigkeit zugesagt worden sind.

Der Vergütungsbericht enthält auch Angaben zur Vergütung des Aufsichtsrats.

Die Darstellung enthält die nach deutschem Handelsrecht, erweitert durch das Vorstandsvergütungs-Offenlegungsgesetz (VorstOG), erforderlichen Angaben zur Vergütung von Vorstand und Aufsichtsrat und orientiert sich an den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex.

Vergütung des Vorstands

Die Vergütung des Vorstands wird vom Personalausschuss des Aufsichtsrats (siehe Seite 10) festgelegt und in regelmäßigen Abständen von zwei bis drei Jahren überprüft. Die letzte Überprüfung erfolgte zum 27.04.2006. Die Festlegung von Struktur und Höhe der Vergütung orientiert sich an der Größe und wirtschaftlichen Lage des Unternehmens sowie an der Leistung des Vorstands. Weltweit tätige Unternehmen aus Europa dienen als Referenz.

Die Bezüge des Vorstands setzen sich zusammen aus

1. einem festen Jahresgehalt,
2. einer jährlichen variablen Vergütung,
3. einer aktienbasierten Vergütung in Form von virtuellen Aktienoptionen (im Folgenden: Aktienoptionen) als Langfrist-Komponente,
4. Sachbezügen und sonstigen Zusatzvergütungen in unterschiedlichem Umfang sowie
5. einer betrieblichen Altersversorgung.

Die Höhe der jährlichen variablen Vergütung, die gewährten Aktienoptionen und die Höhe der Altersversorgung werden maßgeblich vom Unternehmenserfolg bestimmt. Im Rahmen der Gesamtvergütung kommt dem Unternehmenserfolg deshalb ein besonderes Gewicht zu.

Die Vergütungskomponenten stellen sich im Einzelnen wie folgt dar:

1. Die jährliche feste Vergütung wird in gleichen monatlichen Raten ausgezahlt.
2. Die Gesamtkapitalrendite (GKR) bildet die Bemessungsgrundlage für die jährliche variable Vergütung des Vorstands (Jahrestantieme). Die Jahrestantieme wird jeweils im Anschluss an die Hauptversammlung für das abgelaufene Geschäftsjahr ausgezahlt. Die Mitglieder des Vorstands können wie andere Mitarbeitergruppen auch zugunsten von Versorgungsanwartschaften auf Teile ihrer variablen Vergütung in Höhe von bis zu 30.000 € jährlich verzichten (sogenannte Gehaltsumwandlung). Von dieser Möglichkeit haben die Vorstandsmitglieder in unterschiedlichem Umfang Gebrauch gemacht.
3. Der Vorstand hat die Möglichkeit, am BASF-Aktienoptionsprogramm (im Folgenden: BOP) für Obere Führungskräfte teilzunehmen (siehe Tabelle zu den Aktienoptionen).
4. Zu den Sachbezügen und sonstigen Zusatzvergütungen zählen Delegationszulagen, Prämien für Unfallversicherung und Ähnliches sowie geldwerte Vorteile durch die Zurverfügungstellung von Kommunikationsmitteln, Verkehrsmitteln und Sicherheitsmaßnahmen. Kredite und Vorschüsse wurden Mitgliedern des Vorstands nicht gewährt.
5. Die Einzelheiten der betrieblichen Altersversorgung sind im Abschnitt Versorgungszusagen (Seite 17) dargestellt.

Auf Basis dieser Grundsätze ergab sich für das Geschäftsjahr 2006 folgende Barvergütung für die einzelnen Mitglieder des Vorstands:

Tausend €	Erfolgsunabhängige Vergütung		Erfolgsbezogene Vergütung	Gesamt
	Festvergütung	Sachbezüge und sonstige Zusatzvergütungen	Jahrestantieme ^{1, 2}	
Dr. Jürgen Hambrecht , Vorsitzender	1.100	151	2.175	3.426
Eggert Voscherau , stellvertretender Vorsitzender	732	98	1.446	2.276
Dr. Kurt Bock	550	109	1.088	1.747
Dr. Martin Brudermüller (seit 01.01.2006)	550	813 ⁴	1.088	2.451
Dr. John Feldmann	550	74	1.088	1.712
Dr. Andreas Kreimeyer	550	123	1.088	1.761
Klaus Peter Löbbbe	535 ³	725 ⁴	1.088	2.348
Dr. Stefan Marcinowski	550	78	1.088	1.716
Peter Oakley	550	114	1.088	1.752
Summe:	5.667	2.285	11.237	19.189

¹ Einschließlich etwaiger Gehaltsumwandlungsbeträge

² Auszahlung im Anschluss an die Hauptversammlung 2007

³ Auszahlung erfolgt im Ausland in lokaler Währung auf Basis eines sich in Deutschland theoretisch ergebenden Nettogehalts. Hierdurch ergibt sich die Abweichung zur vertraglichen Brutto-Festvergütung in Euro (550 Tausend €).

⁴ Enthält delegationsbedingte Zahlungen, wie zum Beispiel Übernahme ortsüblicher Mietkosten

Für den Vergleich mit den Gesamtbezügen 2005 ist zu beachten, dass sich die Anzahl der Vorstandsmitglieder von acht auf neun erhöht hat. Außerdem ist die Anzahl der ins Ausland delegierten Vorstände auf zwei angestie-

gen, so dass die delegationsbedingten Zahlungen spürbar zunahmten. Bereinigt um diese Effekte hat sich die Barvergütung gegenüber 2005 um 8,5 % erhöht.

Die folgende Tabelle erläutert Details hinsichtlich der Aktienoptionen für die einzelnen Mitglieder des Vorstands:

Komponente mit langfristiger Anreizwirkung (Aktienoptionen)

	2006 gewährte Optionen		Auf das Jahr 2006 entfallender Personalaufwand der zugeteilten Optionsrechte aus BOP 2000–2006 Tausend €
	Anzahl	Marktwert zum Zeitpunkt der Gewährung Tausend €	
Dr. Jürgen Hambrecht , Vorsitzender	38.448	716	1.805
Eggert Voscherau , stellvertretender Vorsitzender	25.532	475	1.083
Dr. Kurt Bock	19.224	358	921
Dr. Martin Brudermüller , (seit 01.01.2006)	7.740	144	274
Dr. John Feldmann	19.224	358	1.009
Dr. Andreas Kreimeyer	18.000	335	273
Klaus Peter Löbbbe	17.540	326	920
Dr. Stefan Marcinowski	19.224	358	1.051
Peter Oakley	19.224	358	1.088
Summe:	184.156	3.428	8.424

Der Basiskurs für die im Geschäftsjahr 2006 gewährten Optionen beträgt 68,19 €.

Versorgungszusagen

Im Rahmen der den Mitgliedern des Vorstands erteilten Versorgungszusagen werden jährliche Rentenbausteine angesammelt. Dabei entspricht die Systematik zur Bestimmung der Höhe der Versorgungsleistungen grundsätzlich derjenigen, die auch den Versorgungszusagen für andere Mitarbeitergruppen zu Grunde liegt. Ziel dieser Systematik ist es, sowohl dem Unternehmenserfolg als auch dem Karriereverlauf des jeweiligen Vorstandsmitglieds einen maßgeblichen Einfluss auf die Höhe der erreichbaren Versorgungsleistung einzuräumen.

Der im jeweiligen Geschäftsjahr zu erwerbende Pensionsanspruch (Rentenbaustein) setzt sich aus einem fixen und einem variablen Teil zusammen. Der fixe Teil ergibt sich durch Multiplikation der jährlichen Festvergütung oberhalb der Beitragsbemessungsgrenze in der gesetzlichen Rentenversicherung mit einem Prozentsatz von 35 %. Der hieraus resultierende Betrag wird mittels versicherungsmathematischer Faktoren verrentet, das heißt unter Berücksichtigung eines Rechnungszinses (6 %), einer Sterbe-, Invaliditäts- und Hinterbliebenenwahrscheinlichkeit (Heubeck-Richttafeln 1998) sowie einer angenommenen Rentenanpassung (1,5 % p.a.) in eine lebenslange Rente umgerechnet. Ab Eintritt des Versorgungsfalls wird diese Rente gezahlt. Der variable Teil des Rentenbausteins ist von der GKR des jeweiligen Geschäftsjahres abhängig. Als Basis wird ein GKR-Wert von 12 % zu Grunde gelegt, bei dessen Erreichen der variable Teil des Rentenbausteins dem fixen Teil entspricht. Davon ausgehend entwickelt sich die Höhe des variablen Teils des Rentenbausteins zwischen 10 und 14 % GKR linear. Der fixe und der variable Teil ergeben zusammen den für das entsprechende Geschäftsjahr erworbenen Rentenbaustein. Die einzelnen in den jeweiligen Geschäftsjahren erworbenen Rentenbausteine werden aufsummiert und bestimmen im Versorgungsfall die dem jeweiligen Vorstandsmitglied zustehende Versorgungsleistung. Der Versorgungsfall tritt ein bei Beendigung des Dienstverhältnisses nach Vollendung des 60. Lebensjahres oder auf Grund von Invalidität beziehungsweise Tod. Die laufenden Rentenleistungen werden entsprechend der Veränderung des „Verbraucherpreisindex für Deutschland“ angepasst.

Die Rentenbausteine umfassen auch eine Anwartschaft auf Hinterbliebenenleistungen. Im Falle des Todes eines aktiven oder ehemaligen Vorstandsmitglieds erhalten der hinterbliebene Ehegatte 60 %, jede Halbwaise 10 %, eine Vollwaise 33 %, zwei Vollwaisen je 25 % sowie drei und mehr Vollwaisen je 20 % der Versorgungsleistung, auf die das (ehemalige) Vorstandsmitglied Anspruch oder

Anwartschaft hatte. Die Höchstgrenze für die Hinterbliebenenleistungen insgesamt beträgt 75 % der Vorstands-pension. Übersteigen die Hinterbliebenenleistungen diese Höchstgrenze, werden sie verhältnismäßig gekürzt.

Wie grundsätzlich alle Mitarbeiter der BASF Aktiengesellschaft, sind auch die Mitglieder des Vorstands Mitglied der BASF Pensionskasse VVaG. Beitragszahlung und Versorgungsleistungen bestimmen sich dabei nach deren Satzung und den Allgemeinen Versicherungsbedingungen.

Die Kosten für die im Geschäftsjahr 2006 erworbenen Versorgungsansprüche (Service Cost) betragen für Dr. Jürgen Hambrecht 830 Tausend €, für Eggert Voscherau 171 Tausend €, für Dr. Kurt Bock 625 Tausend €, für Dr. Martin Bruder Müller 571 Tausend €, für Dr. John Feldmann 588 Tausend €, für Dr. Andreas Kreimeyer 595 Tausend €, für Klaus Peter Löbke 154 Tausend €, für Dr. Stefan Marcinowski 577 Tausend € und für Peter Oakley 566 Tausend €. In diesen Beträgen sind auch die Kosten für die aus Gehaltsumwandlung resultierenden Versorgungsansprüche enthalten.

Leistungen bei Beendigung des Vorstandsmandats

Scheidet ein Vorstandsmitglied vor Vollendung des 60. Lebensjahres aus dem Dienstverhältnis aus, weil seine Bestellung entweder nicht verlängert oder widerrufen wurde, gilt dies als Eintritt des Versorgungsfalls im Sinne der Versorgungszusage. In diesem Fall ist das Unternehmen berechtigt, Bezüge aus einer anderweitigen Beschäftigung auf die Pensionsbezüge anzurechnen.

Beendigung des Vorstandsmandats nach Eintritt eines Kontrollwechsels („Change of Control“): Ein „Change of Control“ im Sinne dieser Regelung liegt vor, wenn ein Aktionär gegenüber BASF den Besitz einer Beteiligung von mindestens 25 % oder die Aufstockung einer solchen Beteiligung mitteilt.

Bei Widerruf der Vorstandsbestellung innerhalb eines Jahres nach Eintritt eines „Change of Control“ werden die Bezüge (feste Vergütung und Jahrestantieme) bis zum regulären Mandatsablauf weitergezahlt. Außerdem erhält das Vorstandsmitglied in Abhängigkeit von der Restlaufzeit des Vertrages eine Einmalzahlung in Höhe von maximal 2,5 Jahresbezügen (aktuelle feste Vergütung und letzte Jahrestantieme). Die Summe aus der Fortzahlung der Bezüge und der Einmalzahlung darf fünf Jahresbezüge nicht überschreiten. Weiterhin kann sich das Vorstandsmitglied innerhalb von drei Monaten seine im Rahmen des BOP noch vorhandenen Aktienoptionen zum fairen Marktwert abfinden lassen. Das durch den Widerruf der Vor-

standsbestellung bedingte Ausscheiden gilt als Eintritt des Versorgungsfalls im Sinne der Versorgungszusage. Dabei werden die bis zur Vollendung des 60. Lebensjahres fehlenden Dienstjahre bei der Ermittlung der Höhe der Versorgungsleistungen entsprechend berücksichtigt. Beträgt bei Eintritt des „Change of Control“ der Zeitraum bis zum Ablauf des aktuellen Vorstandsmandats weniger als zwei Jahre und wird die Bestellung anschließend nicht um mindestens zwei Jahre verlängert, gilt das Vorgenannte entsprechend.

Voraussetzung für die genannten Zahlungen ist jeweils, dass das Vorstandsmitglied nicht durch schuldhaftes Verhalten zur Beendigung bzw. Nichtverlängerung des Mandats Anlass gegeben hat.

Ehemalige Vorstände

Die Gesamtbezüge der früheren Mitglieder des Vorstandes und ihrer Hinterbliebenen im Geschäftsjahr 2006 beliefen sich auf 6,0 Millionen €. Die Pensionsrückstellungen für diese Personengruppe betragen 75,1 Millionen €.

Vergütung des Aufsichtsrats

Die Vergütung des Aufsichtsrats ist in der Satzung der BASF Aktiengesellschaft festgelegt.

Jedes Mitglied des Aufsichtsrats erhält jährlich eine feste Vergütung von 60.000 € und eine erfolgsorientierte variable Vergütung für jeden vollen 0,01 €, um die das im Konzernabschluss für das Geschäftsjahr, für das die Vergütung gezahlt wird, ausgewiesene Ergebnis pro Aktie (Earnings per Share, EPS) der BASF-Gruppe das Mindest-EPS übersteigt. Das Mindest-EPS beträgt für das Geschäftsjahr 2006 2,50 €. Die erfolgsorientierte variable Vergütung beträgt 400 € je vollem 0,01 € EPS bis zu einem EPS von 4,00 €, 300 € für jeden weiteren 0,01 € EPS bis zu einem EPS von 5,00 € und 200 € für jeden darüber hinausgehenden 0,01 €. Die erfolgsorientierte variable Vergütung ist begrenzt auf den Höchstbetrag von 120.000 €. Das Mindest-EPS und die weiteren Schwellenwerte erhöhen sich für jedes folgende Geschäftsjahr um jeweils 0,10 €. Auf der Basis des im Konzernabschluss 2006 ausgewiesenen EPS von 6,37 € beträgt die erfolgsorientierte Vergütung für das Geschäftsjahr 2006 117.400 €. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats erhält das Zweieinhalbfache, ein stellvertretender Vorsitzender das Eineinhalbfache der Vergütung eines ordentlichen Mitglieds.

Aufsichtsratsmitglieder, die einem Ausschuss mit Ausnahme des nach § 27 Abs. 3 MitbestG gebildeten Vermittlungsausschusses angehören, erhalten hierfür eine weitere feste Vergütung in Höhe von 12.500 €. Für den Prüfungsausschuss beträgt die weitere feste Vergütung 25.000 €. Der Vorsitzende eines Ausschusses erhält das Doppelte, ein stellvertretender Vorsitzender das Eineinhalbfache der weiteren festen Vergütung.

Die Gesellschaft leistet jedem Aufsichtsratsmitglied Ersatz seiner Auslagen sowie der von ihm wegen seiner Tätigkeit als Mitglied des Aufsichtsrats oder eines Ausschusses zu entrichtenden Umsatzsteuer. Die Gesellschaft gewährt ferner den Mitgliedern des Aufsichtsrats für ihre Teilnahme an einer Sitzung des Aufsichtsrats oder eines seiner Ausschüsse, denen sie angehören, ein Sitzungsgeld von 500 € und bezieht die Aufgabenwahrnehmung der Mitglieder des Aufsichtsrats in die Deckung einer von ihr abgeschlossenen Vermögensschadens-Haftpflichtversicherung mit ein.

Die Gesamtvergütung des Aufsichtsrats für die Tätigkeit im Geschäftsjahr 2006 beträgt 4,1 Millionen € (2005: 3,4 Millionen €). Auf die einzelnen Mitglieder des Aufsichtsrats entfallen die in der nachfolgenden Tabelle aufgeführten Beträge:

Tausend €	Feste Vergütung	Erfolgsorientierte variable Vergütung	Vergütung für Ausschusstätigkeit	Gesamtvergütung
Prof. Dr. Jürgen Strube, Vorsitzender¹⁾	150	293,5	25	468,5
Robert Oswald, stellv. Vorsitzender²⁾	90	176,1	12,5	278,6
Ralf-Gerd Bastian	60	117,4		177,4
Wolfgang Daniel	60	117,4		177,4
Prof. Dr. François N. Diederich	60	117,4		177,4
Michael Diekmann	60	117,4		177,4
Dr. Tessen von Heydebreck²⁾	60	117,4	12,5	189,9
Arthur L. Kelly	60	117,4		177,4
Rolf Kleffmann	60	117,4		177,4
Max Dietrich Kley³⁾	60	117,4	50	227,4
Prof. Dr. Renate Köcher	60	117,4		177,4
Eva Kraut	60	117,4		177,4
Ulrich Küppers	60	117,4		177,4
Konrad Manteuffel	60	117,4		177,4
Dr. Karlheinz Messmer⁴⁾	60	117,4	25	202,4
Hans Dieter Pötsch⁴⁾	60	117,4	25	202,4
Prof. Dr. Hermann Scholl	60	117,4		177,4
Ralf Sikorski	60	117,4		177,4
Robert Studer	60	117,4		177,4
Michael Vassiliadis^{2) 4)}	60	117,4	37,5	214,9

¹⁾ Vorsitzender des Personalausschusses

²⁾ Mitglied des Personalausschusses

³⁾ Vorsitzender des Prüfungsausschusses

⁴⁾ Mitglied des Prüfungsausschusses

Die Aufsichtsrats- und die Ausschussvergütungen werden fällig nach Ablauf der Hauptversammlung, die den für die Bemessung der variablen Vergütung maßgeblichen Konzernabschluss entgegennimmt. Die Vergütungen für das Geschäftsjahr 2006 werden dementsprechend nach der Hauptversammlung am 26. April 2007 gezahlt.

Im Geschäftsjahr 2006 hat die Gesellschaft dem Aufsichtsratsmitglied Prof. Dr. Diederich auf Grund eines mit Zustimmung des Aufsichtsrats abgeschlossenen Beratungsvertrags auf dem Gebiet der chemischen Forschung Vergütungen in Höhe von insgesamt rund 24.400 € (38.400 CHF) zzgl. Umsatzsteuer und Auslagenersatz gezahlt. Darüber hinaus haben Aufsichtsratsmitglieder im Geschäftsjahr 2006 keine weiteren Vergütungen für persönlich erbrachte Leistungen, insbesondere Beratungs- und Vermittlungsleistungen, erhalten.

Zum Aktienbesitz von Vorstand und Aufsichtsrat siehe Seite 11.

Bericht des Aufsichtsrats

Sehr geehrte Aktionärinnen und Aktionäre,

das Jahr 2006 war das bisher erfolgreichste Jahr in der Geschichte der BASF: sowohl das Ergebnis vor Steuern der BASF-Gruppe als auch das Ergebnis pro Aktie erreichten Höchststände. Das Jahr 2006 war aber auch mit den großen Akquisitionen Engelhard und Degussa Bauchemie ein Jahr, in dem die BASF bei der Fortentwicklung ihres Portfolios große Schritte nach vorne gemacht hat. Mit der fortgesetzten Gestaltung der Geschäftsfelder werden die Grundlagen dafür geschaffen, dass die BASF auch in Zukunft profitabel wachsen wird.

Der Aufsichtsrat hat auch im abgelaufenen Geschäftsjahr die Geschäftsführung des Vorstands sorgfältig und regelmäßig überwacht und in diesem Rahmen die strategische Weiterentwicklung der Gesellschaft und wesentliche Einzelmaßnahmen beratend begleitet. Hierzu haben wir uns vom Vorstand in den Aufsichtsratssitzungen und durch zusätzliche schriftliche und mündliche Berichte über die Geschäftspolitik, die Geschäftslage und -entwicklung, die Rentabilität sowie die Unternehmensplanung einschließlich der Finanz-, Investitions- und Personalplanung der Gesellschaft und ihrer wesentlichen Beteiligungsgesellschaften sowie von Abweichungen des Geschäftsverlaufs von den Planungen ausführlich unterrichten lassen. Auch außerhalb der Aufsichtsratssitzungen ließ sich der Vorsitzende des Aufsichtsrats regelmäßig vom Vorstandsvorsitzenden über die aktuelle Entwicklung der Geschäftslage und wesentliche Geschäftsvorfälle informieren. In Entscheidungen von wesentlicher Bedeutung waren wir frühzeitig eingebunden.

Sitzungen

Der Aufsichtsrat ist im Geschäftsjahr 2006 zu fünf Sitzungen zusammengetreten. Er hat in diesen Sitzungen die Berichte des Vorstands eingehend diskutiert und die Entwicklungsperspektiven des Unternehmens und der einzelnen Arbeitsgebiete mit dem Vorstand erörtert. Die von den Aktionären und die von den Arbeitnehmern gewählten Mitglieder des Aufsichtsrats haben die Sitzungen in getrennten Vorbesprechungen vorbereitet.

Neben der Überwachung der Geschäftsführung des Vorstands ist die Beratung der strategischen Ausrichtung der BASF eine Kernaufgabe des Aufsichtsrats. In allen Sitzungen hat sich der Aufsichtsrat intensiv mit der Weiterentwicklung der BASF-Gruppe und ihres Geschäfts befasst. Dabei haben wir mit dem Vorstand sowohl die strategische Positionierung einzelner Segmente und Geschäftseinheiten als auch mögliche Einzeltransaktionen diskutiert. Im Jahr 2006 hat die BASF mit drei großen Akquisitionen ihr Geschäftsportfolio strategisch weiterentwickelt. Der Erwerb der Engelhard Corporation, einer der

weltweit führenden Hersteller von Katalysatoren, der Erwerb des Bauchemiegeschäfts von Degussa und der Erwerb von Johnson Polymer sind wichtige Wegmarken bei der Umsetzung unserer Strategie, die BASF in konjunkturestabilen Bereichen zu stärken. Der Erfolg großer Akquisitionen hängt erfahrungsgemäß davon ab, dass es gelingt, das erworbene Geschäft optimal zu integrieren. Der Aufsichtsrat hat sich deshalb intensiv mit der Integration von Engelhard und der Degussa Bauchemie auseinandergesetzt.

2006 haben wir uns erneut schwerpunktmäßig mit den Perspektiven der BASF im Bereich der Pflanzenbiotechnologie beschäftigt. Dabei wurde auch erörtert, ob und gegebenenfalls wie dieses forschungsintensive und innovative Geschäftsfeld durch verstärkte Kooperationen mit bereits etablierten Marktteilnehmern weiter gestärkt werden kann. Ein anderer Schwerpunkt der Beratungen des Aufsichtsrats war das für die BASF zentrale Segment Chemikalien, das als Eckpfeiler des Verbundes ein Herzstück der gesamten BASF-Gruppe darstellt. Die Produkte des Segments Chemikalien bilden das Rückgrat unserer großen Verbundstandorte in Ludwigshafen, Antwerpen/Belgien, Nanjing/China, Kuantan/Malaysia, Freeport und Geismar/USA.

Sofern zu einzelnen Geschäften und Maßnahmen des Vorstands nach Gesetz oder Satzung Entscheidungen des Aufsichtsrats erforderlich waren, haben wir darüber Beschluss gefasst. Zugestimmt wurde dem Erwerb des US-amerikanischen Spezialchemieunternehmens Johnson Polymer. Den Vorhaben, die Engelhard Corporation und das Bauchemiegeschäft von Degussa zu erwerben, hatte der Aufsichtsrat bereits im Jahr 2005 zugestimmt. In der Sitzung am 6. Dezember 2006 haben wir darüber hinaus die operative Planung und die Finanzplanung des Vorstands für das Jahr 2007 diskutiert und genehmigt und den Vorstand zur Beschaffung von Finanzierungsmitteln ermächtigt.

Corporate Governance und Entsprechenserklärung

Der Aufsichtsrat hat sich auch im Jahr 2006 intensiv mit den von BASF praktizierten Corporate-Governance-Standards und den kapitalmarkt- und gesellschaftsrechtlichen Rahmenbedingungen in Deutschland befasst. Hierzu gehören insbesondere der überarbeitete Deutsche Corporate Governance Kodex in der Fassung vom 12. Juni 2006 und die Umsetzung der Übernahmerichtlinie der EU in Deutschland.

In der Sitzung am 6. Dezember 2006 hat der Aufsichtsrat die neue gemeinsame Entsprechenserklärung von Aufsichtsrat und Vorstand gemäß § 161 AktG be-

schlossen. Die BASF entspricht den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex in der Fassung vom 12. Juni 2006 mit ganz wenigen Ausnahmen. Dazu gehört, dass die Vorstandsvergütung nicht im Aufsichtsratsplenium, sondern abschließend im Personalausschuss des Aufsichtsrats behandelt wird. Die Vorstandsvergütungen, die im Jahr 2006 noch nicht individualisiert veröffentlicht wurden, werden im Finanzbericht 2006 erstmals und entsprechend der gesetzlichen Regelung im Vorstandsvergütungs-Offenlegungsgesetz individualisiert veröffentlicht. Der vollständige Wortlaut der Entsprechenserklärung ist auf Seite 23 wiedergegeben und wird den Aktionären auf der Website der Gesellschaft dauerhaft zugänglich gemacht.

Den Vergütungsbericht mit der ausführlichen Erläuterung von Struktur und Höhe der Vergütung von Vorstand und Aufsichtsrat einschließlich der den Mitgliedern des Vorstands gemachten Versorgungszusagen finden Sie auf den Seiten 15 bis 19. Die im Lagebericht 2006 erstmals darzustellenden Angaben nach den §§ 289 Absatz 4 und 315 Absatz 4 Handelsgesetzbuch über bestimmte gesellschaftsrechtliche Grundlagen und Rechtsverhältnisse der Gesellschaft finden Sie im Corporate Governance Bericht auf den Seiten 10 und 11. Der Aufsichtsrat hebt hierzu hervor, dass bei der BASF Aktiengesellschaft weder dem Vorstand oder Aufsichtsrat bekannte Stimmbindungsvereinbarungen noch wesentliche Vereinbarungen bestehen, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots stehen.

Ausschüsse

Der Aufsichtsrat hat drei paritätisch besetzte Ausschüsse gebildet, den Ausschuss für personelle Angelegenheiten des Vorstands und Kreditgewährungen gemäß § 89 Abs. 4 AktG (Personalausschuss), den Prüfungsausschuss und den Vermittlungsausschuss gemäß § 27 Abs. 3 MitbestG.

Dem Personalausschuss gehören der Aufsichtsratsvorsitzende Prof. Dr. Jürgen Strube als Vorsitzender, der stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende Robert Oswald als stellvertretender Vorsitzender, Dr. Tessen von Heydebreck und Michael Vassiliadis an. Der Personalausschuss tagte im Berichtszeitraum zweimal. Er hat sich in seinen Sitzungen, teilweise gemeinsam mit dem Vorsitzenden des Vorstands, insbesondere mit der Planung zukünftiger Bestellungen von Vorstandsmitgliedern (langfristige Nachfolgeplanung) befasst und die Vergütung des Vorstands eingehend beraten. Der Personalausschuss hat insbesondere die Verlängerung der Mandate des Vorstandsvorsitzenden Dr. Jürgen Hambrecht bis zum Ablauf der Hauptversammlung 2011 und der Vorstandsmitglieder Klaus Peter Löbke

(bis Hauptversammlung 2008) und Dr. Stefan Marcinowski (bis 14. Mai 2012) behandelt. Der Aufsichtsrat hat in seiner Sitzung am 7. Juli 2006 entsprechend beschlossen.

Dem Prüfungsausschuss gehörten 2006 die Aufsichtsratsmitglieder Max Dietrich Kley, Dr. Karlheinz Messmer, Hans Dieter Pötsch und Michael Vassiliadis an. Vorsitzender ist Max Dietrich Kley, der ebenso wie Hans Dieter Pötsch als Audit Committee Financial Expert benannt worden ist. Der Prüfungsausschuss hat im Berichtszeitraum dreimal getagt. Kernpunkte seiner Tätigkeit waren dabei die Prüfung des Jahres- und des Konzernabschlusses der BASF Aktiengesellschaft, die Prüfung des nach US-amerikanischen Vorschriften aufgestellten Annual Report on Form 20-F, die Beratung des Vorstands in Rechnungslegungsfragen, die Erörterung und Festlegung der besonderen Schwerpunkte der Abschlussprüfung und die Regelung der Beziehungen zum Abschlussprüfer mit der Beschlussfassung über die Ermächtigung zur Erbringung von Leistungen außerhalb der Abschlussprüfung (Non-Audit Services) durch den Abschlussprüfer, der Vereinbarung des Prüfungshonorars und der Überwachung seiner Unabhängigkeit. Besonderes Augenmerk hat der Prüfungsausschuss im Jahr 2006 zudem auf die Weiterentwicklung des internen Kontrollsystems in der Finanzberichterstattung gelegt, das mit seinen weitgehenden Dokumentationsanforderungen und Kontrollprozeduren den Anforderungen von Section 404 des US-amerikanischen Sarbanes-Oxley Act (SOA) genügt.

Der Vermittlungsausschuss musste im Berichtszeitraum nicht zusammentreten. Ihm gehören der Aufsichtsratsvorsitzende Prof. Dr. Jürgen Strube als Vorsitzender, der stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende Robert Oswald als stellvertretender Vorsitzender, Dr. Tessen von Heydebreck und Wolfgang Daniel an.

Dem Aufsichtsrat wurde regelmäßig über die Tätigkeit der Ausschüsse berichtet.

Jahres- und Konzernabschluss

Wir haben auf der Basis der Vorprüfung durch den Prüfungsausschuss, über die der Vorsitzende des Prüfungsausschusses dem Aufsichtsrat Bericht erstattet hat, den Jahresabschluss und den Lagebericht der BASF Aktiengesellschaft für das Geschäftsjahr 2006, den Vorschlag des Vorstands für die Verwendung des Bilanzgewinns sowie den Konzernabschluss und -lagebericht 2006 der BASF Aktiengesellschaft geprüft. Die von der Hauptversammlung als Prüfer der Abschlüsse des Geschäftsjahres 2006 gewählte KPMG Deutsche Treuhandgesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Aktiengesellschaft hat den Jahresabschluss der BASF Aktiengesellschaft und

den Abschluss der BASF-Gruppe einschließlich der Lageberichte unter Einbeziehung der Buchführung geprüft und jeweils mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Weiterhin stellte der Abschlussprüfer fest, dass der Vorstand die ihm gemäß § 91 Abs. 2 AktG obliegenden Maßnahmen in geeigneter Form getroffen hat. Er hat insbesondere ein angemessenes und den Anforderungen des Unternehmens entsprechendes Informations- und Überwachungssystem eingerichtet, das nach seiner Konzeption und tatsächlichen Handhabung geeignet erscheint, den Fortbestand der Gesellschaft gefährdende Entwicklungen frühzeitig zu erkennen.

Die zu prüfenden Unterlagen und die Prüfungsberichte des Abschlussprüfers wurden jedem Aufsichtsratsmitglied rechtzeitig übermittelt. Der Abschlussprüfer nahm an der Bilanzprüfungssitzung des Prüfungsausschusses am 20. Februar 2007 und der Bilanzsitzung des Aufsichtsrats am 27. Februar 2007 teil und berichtete über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfung. Zudem gab der Abschlussprüfer am Vortag der Bilanzsitzung des Aufsichtsrats ausführliche Erläuterungen zu den Prüfungsberichten.

Die Berichte des Abschlussprüfers haben wir zustimmend zur Kenntnis genommen. Das Ergebnis der Vorprüfung des Prüfungsausschusses und das Ergebnis unserer eigenen Prüfung entsprechen vollständig dem Ergebnis

der Abschlussprüfung. Der Aufsichtsrat sieht keinen Anlass, Einwendungen gegen die Geschäftsführung und die vorgelegten Abschlüsse zu erheben.

Wir haben den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss der BASF Aktiengesellschaft und den Konzernabschluss der BASF-Gruppe in der Bilanzsitzung des Aufsichtsrats am 27. Februar 2007 gebilligt. Der Jahresabschluss der BASF Aktiengesellschaft ist damit festgestellt. Dem Vorschlag des Vorstands zur Verwendung des Bilanzgewinns mit der Ausschüttung einer Dividende von 3,00 € pro Aktie stimmen wir zu.

Besetzung von Aufsichtsrat und Vorstand

Im Aufsichtsrat sind im Jahr 2006 keine personellen Veränderungen eingetreten.

Am 1. Januar 2006 ist Herr Dr. Martin Bruder Müller in den Vorstand eingetreten und leitet seit dem 1. April 2006 das Ressort Asien mit dem Sitz in Hongkong. Der Aufsichtsrat hat in seiner Sitzung am 7. Juli 2006 die Bestellung des Vorstandsvorsitzenden Dr. Jürgen Hambrecht bis zum Ablauf der Hauptversammlung 2011 verlängert. In der gleichen Sitzung hat der Aufsichtsrat zudem die Bestellungen der Vorstandsmitglieder Klaus Peter Löbbe bis zum Ablauf der Hauptversammlung 2008 und Dr. Stefan Marcinowski bis zum 14. Mai 2012 verlängert.

Ludwigshafen, den 27. Februar 2007

Der Aufsichtsrat

Professor Dr. Jürgen Strube

Vorsitzender des Aufsichtsrats

Entsprechenserklärung 2006 zum Deutschen Corporate Governance Kodex

Entsprechenserklärung 2006 des Vorstands und des Aufsichtsrats der BASF Aktiengesellschaft

1. Grundsatzerklärung nach Maßgabe von § 161 AktG

Wir erklären, dass den vom Bundesministerium der Justiz im amtlichen Teil des elektronischen Bundesanzeigers bekannt gemachten Empfehlungen der Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex mit nachfolgenden Maßgaben im Jahr 2006 entsprochen wurde und im Jahr 2007 weiterhin entsprochen werden wird.

2. Ausnahmen

- a) Vergütung von Vorsitz und Mitgliedschaft im Vermittlungsausschuss des Aufsichtsrats (Ziffer 5.4.7 des Kodex):

Der Vorsitz und die Mitwirkung in Ausschüssen des Aufsichtsrats soll nach Ziffer 5.4.7 des Kodex bei der Vergütung berücksichtigt werden. Dem wird bei der Gesellschaft für den Vermittlungsausschuss nach § 27 Abs. 3 MitbestG, der bislang bei der Gesellschaft noch zu keiner Sitzung zusammengetreten ist, nicht Rechnung getragen. Seine Mitglieder erhalten neben einem eventuellen Sitzungsgeld keine gesonderte Vergütung.

- b) Behandlung der Struktur des Vergütungssystems für den Vorstand durch das Aufsichtsratsplenum; Bemessung der Angemessenheit der Vergütung des Vorstands auch anhand leistungsbezogener Kriterien (Ziffer 4.2.2 des Kodex):

Über die Tätigkeit der Ausschüsse des Aufsichtsrats wurde und wird im Plenum des Aufsichtsrats regelmäßig berichtet. Dies schließt die Tätigkeit des Personalausschusses als dem für die Behandlung der Vorstandsverträge bei der Gesellschaft zuständigen Gremium mit ein. Soweit die Empfehlungen in Ziffer 4.2.2 des Kodex hierüber hinausgehen, wurden sie und werden sie weiterhin von uns nicht befolgt.

- c) Individualisierte Veröffentlichung der Vorstands- und Aufsichtsratsvergütung (Ziffern 4.2.3 und 5.4.7 des Kodex):

Die Vorstands- und die Aufsichtsratsvergütung wurde 2006 nicht individualisiert veröffentlicht. Im Jahr 2007 werden Vorstands- und Aufsichtsratsvergütung individualisiert veröffentlicht.

- d) Bekanntgabe von Kandidatenvorschlägen für den Aufsichtsratsvorsitz an die Aktionäre (Ziffer 5.4.3 des Kodex):

Nach dieser 2005 neu aufgenommenen Empfehlung sollen Kandidaten für den Aufsichtsratsvorsitz den Aktionären bekannt gegeben werden, obwohl diese in der Regel erst einem noch zu wählenden Aufsichtsrat entstammen und der Vorsitzende des Aufsichtsrats „aus seiner Mitte“ zu wählen ist. Eine Vorab-Benennung kann deshalb zu einer faktischen Vorfestlegung des Aufsichtsrats in seiner zukünftigen Besetzung führen. Im Falle einer von der Aufsichtsratswahl zeitlich losgelösten Nachwahl des Aufsichtsratsvorsitzenden ist für eine Bekanntgabe der Kandidaten an die Aktionäre von vornherein kein Raum. Wir halten die Empfehlung deshalb für wenig praktikabel. Da bei der BASF weder in 2006 die Wahl des Aufsichtsratsvorsitzenden anstand noch in 2007 ansteht, beabsichtigen wir zunächst weiterhin, die Entwicklung abzuwarten, bevor wir uns zu einem Comply oder Explain entschließen.

- e) Erläuterung von Abweichungen (Ziffer 3.10 des Kodex):

Nach Ziffer 3.10 des Kodex sollen Vorstand und Aufsichtsrat jährlich im Geschäftsbericht über die Corporate Governance des Unternehmens berichten. Hierzu gehört auch die Erläuterung eventueller Abweichungen von den Empfehlungen des Kodex. Diese Erklärung zum Corporate Governance Kodex ist durch § 161 AktG mit zum Teil anderem Inhalt geregelt. Vorstand und Aufsichtsrat haben beschlossen, die Erklärung ausschließlich nach Maßgabe der gesetzlichen Regelungen abzugeben.

Ludwigshafen, den 6. Dezember 2006

Der Aufsichtsrat
der BASF Aktiengesellschaft

Der Vorstand
der BASF Aktiengesellschaft

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der BASF Aktiengesellschaft, Ludwigshafen am Rhein, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2006 bis 31. Dezember 2006 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung

der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Frankfurt am Main, den 21. Februar 2007

KPMG
Deutsche Treuhand-Gesellschaft
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Prof. Dr. Wesner
Wirtschaftsprüfer

Kuhn
Wirtschaftsprüfer

Gewinn-und-Verlust-Rechnung

Millionen €	Erläuterungen im Anhang	2006	2005
Umsatzerlöse	(2)	15.733,8	14.934,6
Herstellungskosten der zur Erzielung der Umsatzerlöse erbrachten Leistungen		12.073,3	11.030,9
Bruttoergebnis vom Umsatz		3.660,5	3.903,7
Vertriebskosten		1.513,4	1.484,4
Allgemeine Verwaltungskosten		322,1	330,7
Forschungskosten		817,1	728,1
Sonstige betriebliche Erträge	(3)	642,4	294,2
Sonstige betriebliche Aufwendungen	(4)	739,5	846,4
Ergebnis der Betriebstätigkeit		910,8	808,3
Beteiligungsergebnis		1.987,2	1.267,1
Zinsergebnis		-252,1	-170,9
Übriges Finanzergebnis		-391,9	-191,3
Finanzergebnis	(5)	1.343,2	904,9
Ergebnis vor Ertragsteuern*		2.254,0	1.713,2
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	(6)	302,7	384,2
Jahresüberschuss vor Bewertungsanpassungen		1.951,3	1.329,0
Bewertungsanpassungen	(7)	-	-55,5
Jahresüberschuss		1.951,3	1.273,5

* Entspricht dem Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit

Bilanz

AKTIVA

Millionen €	Erläuterungen im Anhang	2006	2005
Immaterielle Vermögensgegenstände	(9)	183,6	207,3
Sachanlagen	(10)	1.519,3	1.564,3
Finanzanlagen	(11)	17.439,8	16.830,3
Anlagevermögen		19.142,7	18.601,9
Vorräte	(12)	1.360,4	1.253,8
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen		1.540,8	1.451,0
Forderungen gegen verbundene Unternehmen		10.457,8	4.823,5
Übrige Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		406,2	384,9
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	(13)	12.404,8	6.659,4
Wertpapiere des Umlaufvermögens		3.723,1	481,3
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		140,3	3.733,8
Geld und Geldanlagen	(14)	3.863,4	4.215,1
Umlaufvermögen		17.628,6	12.128,3
Abgrenzungsposten für latente Steuern	(6)	374,7	332,8
Rechnungsabgrenzungsposten	(15)	33,5	43,7
Gesamtvermögen		37.179,5	31.106,7

PASSIVA

Millionen €	Erläuterungen im Anhang	2006	2005
Gezeichnetes Kapital	(16)	1.279,2	1.316,8
Kapitalrücklage	(16)	3.031,8	2.996,0
Gewinnrücklagen	(17)	3.660,8	4.597,4
Bilanzgewinn	(17)	2.225,1	1.288,4
Eigenkapital		10.196,9	10.198,6
Sonderposten mit Rücklageanteil	(1)	108,3	111,0
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	(18)	3.177,7	3.103,1
Steuerrückstellungen		1.004,4	886,6
Sonstige Rückstellungen	(19)	2.012,8	2.115,2
Rückstellungen		6.194,9	6.104,9
Finanzschulden		7.619,7	2.400,0
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		563,6	455,1
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen		12.070,9	11.415,6
Übrige Verbindlichkeiten		326,6	319,8
Verbindlichkeiten	(20)	20.580,8	14.590,5
Rechnungsabgrenzungsposten		98,6	101,7
Gesamtkapital		37.179,5	31.106,7

Anhang

Anhang zum Jahresabschluss der BASF Aktiengesellschaft

Grundlagen der Rechnungslegung: Der Jahresabschluss der BASF AG wird nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs (HGB) und des Aktiengesetzes (AktG) nach dem Umsatzkostenverfahren aufgestellt.

1. BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

Erlösrealisierung: Erlöse werden bei Auslieferung der Erzeugnisse oder Waren beziehungsweise bei Erbringung der Leistungen realisiert, wenn Eigentum und Risiken auf den Erwerber übergegangen sind. Dabei werden mögliche Rabatte oder sonstige Preisnachlässe abgegrenzt. Wahrscheinliche Risiken aus der Rücknahme von Erzeugnissen und Waren sowie auf Grund von Gewährleistungen oder sonstigen Reklamationen werden nach dem Grundsatz der Einzelbewertung zurückgestellt.

Immaterielle Vermögensgegenstände: Diese werden zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen, bewertet. Die durchschnittliche gewichtete Abschreibungsdauer betrug 11 Jahre im Jahr 2006 und 9 Jahre im Jahr 2005 unter Berücksichtigung folgender erwarteter Nutzungsdauern:

	2006	2005
Geschäfts- oder Firmenwerte	19 Jahre	19 Jahre
Software	4 Jahre	4 Jahre
Patente, Lizenzen, Know-how, sonstige Rechte	8 Jahre	8 Jahre

Bei voraussichtlich dauerhaften Wertminderungen werden außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen. Entfallen die Gründe für die Wertminderung in den Folgejahren, so erfolgt eine Zuschreibung bis maximal zur Höhe der Anschaffungskosten.

Sachanlagen: Sie werden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibungen über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer bewertet. Geringwertige Anlagegegenstände werden im Erwerbsjahr voll abgeschrieben und als Abgänge ausgewiesen. Abnutzbare bewegliche Anlagen, die dauerhaft in einem engen Funktions- und Nutzungszusammenhang stehen, werden zu einem Vermögensgegenstand zusammengefasst.

Die Herstellungskosten selbsterstellter Anlagen enthalten neben den direkt zurechenbaren Kosten auch angemessene Teile der Material- und Fertigungsgemeinkosten sowie der allgemeinen Verwaltungskosten der mit der Anlagenerrichtung befassten Bereiche. Finanzierungskosten

sowie Kosten für soziale Einrichtungen, freiwillige soziale Leistungen und die betriebliche Altersversorgung werden nicht aktiviert.

Das bewegliche Anlagevermögen wird überwiegend degressiv abgeschrieben mit planmäßigem Übergang auf lineare Abschreibungen, falls diese zu höheren Abschreibungsbeträgen führen. Das unbewegliche Anlagevermögen wird überwiegend linear abgeschrieben.

Die durchschnittlichen gewichteten Abschreibungsdauern betragen:

	2006	2005
Gebäude und bauliche Betriebsvorrichtungen	23 Jahre	22 Jahre
Technische Anlagen und Maschinen	11 Jahre	11 Jahre
Betriebs- und Geschäftsausstattung und andere Anlagen	9 Jahre	10 Jahre

Bei voraussichtlich dauerhaften Wertminderungen werden außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen, wenn eine Wiedereinbringung des Buchwerts im Einzelfall nicht mehr zu erwarten ist. Die Beurteilung erfolgt auf Basis der zukünftig zu erwartenden Cashflows abzüglich zu erwartender Kosten für die Beseitigung einer Anlage. Die außerplanmäßige Abschreibung wird in Höhe des Unterschieds zwischen dem bisherigen Buchwert und den diskontierten künftigen Cashflows vorgenommen. Entfallen die Gründe für die Wertminderung in den Folgejahren, so erfolgt eine Zuschreibung bis maximal zur Höhe der Anschaffungskosten.

Finanzanlagen: Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen werden nach dem Grundsatz der Einzelbewertung zu Anschaffungskosten oder bei voraussichtlich dauernden Wertminderungen zu niedrigeren beizulegenden Werten bilanziert.

Verzinsliche Ausleihungen werden zu Anschaffungskosten, unverzinsliche oder niedrigverzinsliche Darlehen zum Barwert angesetzt. Erkennbaren Ausfallrisiken wird durch außerplanmäßige Abschreibungen auf einen niedrigeren beizulegenden Wert Rechnung getragen. Entfallen die Gründe für die Wertminderung in den Folgejahren, so erfolgt eine Zuschreibung bis maximal zur Höhe der Anschaffungskosten.

In der Gewinn- und Verlust-Rechnung werden Finanzaktivitäten im Beteiligungsergebnis, Zinsergebnis und Übrigen Finanzergebnis dargestellt.

Vorräte: Sie werden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet. Wenn die Börsen- oder Marktpreise beziehungsweise beizulegenden Werte niedriger sind, werden diese angesetzt. Als solche werden bei Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen und Waren die Wiederbeschaffungskosten, bei unfertigen und fertigen Erzeugnissen die voraussichtlich erzielbaren Verkaufserlöse abzüglich der bis zum Verkauf noch anfallenden Kosten oder niedrigere Wiederherstellungskosten angesetzt.

Als Herstellungskosten werden neben den direkt zurechenbaren Kosten auch angemessene Teile der Material- und Fertigungsgemeinkosten einschließlich Kosten der allgemeinen Verwaltung des jeweiligen Produktionsbereichs bei normaler Auslastung der Produktionsanlagen erfasst. Finanzierungskosten sowie Kosten für soziale Einrichtungen, freiwillige soziale Leistungen und die betriebliche Altersversorgung werden nicht in die Herstellungskosten einbezogen.

Unfertige Leistungen beinhalten noch nicht fertiggestellte Chemieanlagen, die überwiegend für Gruppen- gesellschaften errichtet werden. Gewinne werden bei Endabrechnung der jeweiligen Projekte beziehungsweise bei Abrechnung fertiggestellter Teilprojekte realisiert. Zu erwartende Verluste werden durch Abwertungen auf niedrigere beizulegende Werte berücksichtigt.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände: Diese werden grundsätzlich zum Nennwert bilanziert. Wechselforderungen und unverzinsliche oder niedrigverzinsliche Darlehensforderungen werden zum Barwert angesetzt. Für Ausfall- und Transferrisiken sowie allgemeine Kreditrisiken werden angemessene Abschreibungen und Wertberichtigungen zur Berücksichtigung niedrigerer beizulegender Werte vorgenommen.

Geld und Geldanlagen: Geld und Geldanlagen enthalten sonstige Wertpapiere des Umlaufvermögens sowie Bankguthaben und Kassenbestände. Wertpapiere des Umlaufvermögens werden zu Anschaffungskosten bewertet. Wenn die Börsen- oder Marktwerte beziehungsweise beizulegenden Werte niedriger sind, werden diese angesetzt.

Abgrenzungsposten für latente Steuern: Für temporär abweichende Wertansätze zwischen Handels- und Steuerbilanz werden aktive latente Steuern angesetzt, soweit sich ein Überhang an aktiven Unterschiedsbeträgen ergibt. Wertberichtigungen auf aktive latente Steuern waren nicht vorzunehmen.

Sonderposten mit Rücklageanteil: Sie werden in Höhe der steuerlich zulässigen Beträge angesetzt, soweit ihre Anerkennung den Ausweis in der Handelsbilanz voraussetzt. Es handelt sich im Wesentlichen um die Übertragung aufgedeckter stiller Reserven gem. § 6b EStG.

Rückstellungen: Pensionsrückstellungen werden versicherungsmathematisch nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected Unit Credit Method) in Anlehnung an IAS 19 „Leistungen an Arbeitnehmer“ ermittelt. Die Bewertung der Verpflichtung erfolgt unter Zugrundelegung der Richttafeln Heubeck 2005 G sowie unter Berücksichtigung zukünftiger Gehaltssteigerungen und Rentenanpassungen. Der Rechnungszins beträgt 4,5 %.

Steuerrückstellungen für Gewerbesteuer und Körperschaftsteuer werden auf der Grundlage der erwarteten Einkommen ermittelt.

Sonstige Rückstellungen bestehen für ungewisse Verbindlichkeiten und drohende Verluste aus schwebenden Geschäften sowie für unterlassene Instandhaltungsaufwendungen, die im folgenden Geschäftsjahr innerhalb von drei Monaten nachgeholt werden. Sie werden nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung in Höhe der wahrscheinlichen Inanspruchnahme angesetzt.

Für Umweltschutzmaßnahmen und -risiken werden Rückstellungen gebildet, soweit die Maßnahmen auf Grund gesetzlicher oder behördlicher Verpflichtungen beziehungsweise Auflagen oder auf Grund der technologischen Entwicklung wahrscheinlich erforderlich werden und nicht zu aktivierungspflichtigen Herstellungskosten führen.

Rückstellungen für Rekultivierungsverpflichtungen auf Grund des Betriebs von Deponien werden während der voraussichtlichen Betriebsdauer angesammelt.

Rückstellungen für Dienstaltersgeldprämien und Altersteilzeit werden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen nach der Projected Unit Credit Method gemäß IAS 19 unter Berücksichtigung des Gehaltstrends und des fristadäquaten Zinssatzes bewertet. Für abgeschlossene Altersteilzeitverträge werden die zugesagten Aufstockungszahlungen in voller Höhe zurückgestellt und mit einem Rechnungszinsfuß von 3,75 % abgezinst. Die während der passiven Phase der Altersteilzeit zu leistenden Lohn- und Gehaltszahlungen werden rätierlich angesammelt und zum Nominalwert bewertet.

Umrechnung von Fremdwährungsposten:

Die Anschaffungskosten von Vermögensgegenständen aus Bezügen in fremder Währung und die Erlöse aus Verkäufen in fremder Währung werden zu den zum Zeitpunkt der Buchung der Geschäftsvorfälle gültigen Kursen bestimmt.

Kurzfristige Forderungen und Verbindlichkeiten in fremder Währung werden zu den am Abschlussstichtag gültigen Kursen bewertet. Langfristige Forderungen in fremder Währung werden zu den zum Anschaffungszeitpunkt gültigen oder zu niedrigeren Kursen am Abschlussstichtag, langfristige Verbindlichkeiten in fremder Währung zu den zum Anschaffungszeitpunkt gültigen oder höheren Kursen am Abschlussstichtag bewertet. Einzelkurs gesicherte Forderungen oder Verbindlichkeiten werden zu Sicherungskursen angesetzt.

Derivative Finanzinstrumente: Derivative Finanzinstrumente werden als schwebende Geschäfte nicht bilanziert. Zusammengehörige Grundgeschäfte und Derivate werden zu Bewertungseinheiten zusammengefasst. Gewinne aus Sicherungsgeschäften, die keinem bestimmten Grundgeschäft zugeordnet werden können, werden erst bei Fälligkeit realisiert. Unrealisierte Verluste aus derivativen Finanzinstrumenten werden ergebniswirksam zurückgestellt.

Der Einsatz derivativer Finanzinstrumente zur Absicherung von Währungs-, Zins- und Preisrisiken wird detailliert in Anmerkung 22 beschrieben.

Verwendung von Schätzungen oder Annahmen bei der Erstellung des Jahresabschlusses: Die Höhe der im Jahresabschluss ausgewiesenen Vermögensgegenstände, Verbindlichkeiten und Rückstellungen, der Haftungsverhältnisse oder sonstigen finanziellen Verpflichtungen ist von Schätzungen oder Annahmen abhängig. Diese richten sich nach den Verhältnissen und Einschätzungen am Bilanzstichtag und beeinflussen insoweit auch die Höhe der ausgewiesenen Erträge und Aufwendungen der dargestellten Geschäftsjahre. Derartige Annahmen betreffen die Bestimmung der Nutzungsdauer des abnutzbaren Sachanlagevermögens oder immaterieller Vermögensgegenstände, die Bemessung von Rückstellungen, den Wertansatz von Beteiligungen und von anderen Vermögensgegenständen oder Verpflichtungen. Bestehende Unsicherheiten werden bei der Wertermittlung angemessen berücksichtigt, jedoch können tatsächliche Ergebnisse von den Schätzungen abweichen.

2. UMSATZERLÖSE

Millionen €	2006	2005
Umsätze der Segmente		
Chemikalien	4.020,3	3.520,0
Kunststoffe	4.401,5	3.992,5
Veredlungsprodukte	4.013,0	3.774,6
Pflanzenschutz und Ernährung	2.458,1	2.603,1
Sonstige	840,9	1.044,4
	15.733,8	14.934,6
Umsätze in den Regionen		
Europa	12.374,0	11.478,8
davon Deutschland	4.627,5	4.451,2
Nordamerika (NAFTA)	966,1	925,6
Asien, Pazifischer Raum	1.643,8	1.727,2
Südamerika, Afrika, Naher Osten	749,9	803,0
	15.733,8	14.934,6

3. SONSTIGE BETRIEBLICHE ERTRÄGE

Die Erhöhung der sonstigen betrieblichen Erträge um 348,2 Millionen € resultiert im Wesentlichen aus drei Effekten: positives Währungsergebnis von 78 Millionen € nach Währungsverlust von 42 Millionen € im Jahr 2005, Auflösung von Rückstellungen für Prozessrisiken, Schadenersatzforderungen und sonstige Gewährleistungen in Höhe von 153 Millionen €, teilweise Erstattung eines EU-Bußgeldes aus dem Vitamin-Kartellverfahren des Jahres 2001 in Höhe von 65 Millionen €.

Die Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil in Höhe von 6,5 Millionen € betraf im Wesentlichen die Übertragung von Veräußerungsgewinnen aus Anlageverkäufen gemäß § 6b Einkommensteuergesetz auf Anlagezugänge.

4. SONSTIGE BETRIEBLICHE AUFWENDUNGEN

Der Rückgang der sonstigen betrieblichen Aufwendungen ist vor allem durch den Wegfall des Währungsverlustes des Jahres 2005 zu erklären.

Die Zuführung zum Sonderposten mit Rücklageanteil in Höhe von 3,8 Millionen € betraf im Wesentlichen die Übertragung von Veräußerungsgewinnen aus Anlageverkäufen gemäß § 6b Einkommensteuergesetz.

5. FINANZERGEBNIS

Millionen €	2006	2005
Erträge aus Beteiligungen und ähnliche Erträge	514,3	485,9
davon aus verbundenen Unternehmen	490,4	349,0
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	1.432,9	852,9
Erträge aus Steuerumlagen an verbundene Unternehmen	249,5	178,7
Aufwendungen aus Verlustübernahmen	119,0	115,7
Abschreibungen auf und Verluste aus dem Abgang von Beteiligungen	90,5	134,7
Beteiligungsergebnis	1.987,2	1.267,1
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	37,2	23,6
davon aus verbundenen Unternehmen	35,2	20,7
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	348,0	95,8
davon aus verbundenen Unternehmen	275,4	34,3
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	637,3	290,3
davon an verbundene Unternehmen	304,1	159,7
Zinsergebnis	-252,1	-170,9
Abschreibungen auf und Verluste aus dem Abgang von Ausleihungen sowie Wertpapieren des Umlaufvermögens	202,5	1,1
Aufwand Zinsanteil langfristiger Personalarückstellungen	159,4	172,1
Sonstiges übriges Finanzergebnis	-30,0	-18,1
Übriges Finanzergebnis	-391,9	-191,3
Finanzergebnis	1.343,2	904,9

Die „Abschreibungen auf und Verluste aus dem Abgang von Ausleihungen und Wertpapieren des Umlaufvermögens“ schließen erstmals Verluste aus Abgang und Bewertung von Anlagen des BASF Pensionstreuhand e.V. (Contractual Trust Arrangement, CTA) ein. Sie werden durch Erträge aus CTA-Anlagen, ausgewiesen unter „Sonstiges übriges Finanzergebnis“, überkompensiert.

Diese Position umfasst zudem Erträge aus Sicherungsgeschäften sowie Rückstellungen für Bürgschaftsinanspruchnahmen und Abschreibungen auf Darlehen gegenüber der BASF-Produktionsgesellschaft in Caojing/China, die im Zusammenhang mit der vorläufigen Stilllegung der dortigen THF-Anlage stehen.

6. STEUERAUFWAND

Millionen €	2006	2005
Laufender Aufwand für Ertragsteuern	195,3	383,7
Abgrenzung latenter Steuern	107,4	0,5
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	302,7	384,2
Abgrenzung latenter Steuern auf Bewertungsanpassungen	-	34,0
Sonstige Steuern	18,7	23,2
Steueraufwand	321,4	373,4

Auf Grund der durch das Gesetz über steuerliche Begleitmaßnahmen zur Einführung der Europäischen Gesellschaft und zur Änderung weiterer steuerrechtlicher Vorschriften (SEStEG) geänderten Vorschrift des § 37 Körperschaftsteuergesetz entsteht der Anspruch auf das noch

verbliebene Körperschaftsteuerguthaben mit Ablauf des 31.12.2006. Die Auszahlung erfolgt in zehn Jahresraten ab dem Jahr 2008. Daher ist zum 31.12.2006 ein Anspruch in Höhe des Barwertes zu bilanzieren, der den laufenden Aufwand für Ertragsteuern um 51,8 Millionen € mindert.

Aktive latente Steuern aus temporären Abweichungen zwischen handels- und steuerbilanziellen Wertansätzen teilen sich auf folgende Positionen auf:

Millionen €	2006	2005
Anlagevermögen	55,0	19,2
Vorräte und Forderungen	40,4	9,6
Pensionsrückstellungen	88,1	138,5
Übrige Rückstellungen, Sonstiges	191,2	165,5
Gesamt	374,7	332,8
davon kurzfristig	34,0	38,7

Latente Steuern wurden mit einem Steuersatz von 38 % angesetzt.

7. BEWERTUNGSANPASSUNGEN

Im Berichtsjahr wurden keine Bewertungsanpassungen vorgenommen. Im Jahr 2005 wurden die Rückstellungen für Pensionen, Altersteilzeit und Dienstjubiläen zur Anpassung an die Konzernbilanzierung mit Rückwirkung zum 01.01.2005 erstmalig in Anlehnung an IAS 19 „Leistungen an Arbeitnehmer“ bewertet. Der Aufwand aus der Methodenänderung betrug 89,5 Millionen €. Es wurden latente Steuern in Höhe von 34,0 Millionen € abgegrenzt.

ung an die Konzernbilanzierung mit Rückwirkung zum 01.01.2005 erstmalig in Anlehnung an IAS 19 „Leistungen an Arbeitnehmer“ bewertet. Der Aufwand aus der Methodenänderung betrug 89,5 Millionen €. Es wurden latente Steuern in Höhe von 34,0 Millionen € abgegrenzt.

8. SONSTIGE ANGABEN

Materialaufwand

Millionen €	2006	2005
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	9.770,9	8.805,2
Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.541,6	1.363,9
	11.312,5	10.169,1

Personalaufwand

Millionen €	2006	2005
Löhne und Gehälter	2.152,5	2.142,3
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	617,9	605,2
davon für Altersversorgung	225,9	247,4
	2.770,4	2.747,5

Durchschnittlicher Personalstand

	2006	2005
Tarifliche Mitarbeiter	26.182	27.105
Außertarifliche Mitarbeiter	5.565	5.449
Auszubildende	1.291	1.519
Zeitlich befristet Beschäftigte	279	248
	33.317	34.321

Bezüge des Vorstands und des Aufsichtsrats

Millionen €	2006	2005
Bezüge des Vorstands		
Erfolgsunabhängige und -abhängige Barvergütung	19,2	15,3
Marktwert der im Geschäftsjahr gewährten Aktienoptionen zum Zeitpunkt ihrer Gewährung	3,4	5,6
Pensionsaufwendungen	4,7	3,7
Bezüge des Aufsichtsrats		
	4,1	3,4
Gesamtbezüge früherer Mitglieder des Vorstands und ihrer Hinterbliebenen		
Pensionsrückstellungen für frühere Mitglieder des Vorstands und ihre Hinterbliebenen	75,1	77,7
Darlehen an Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats	–	–
Haftungsverhältnisse zu Gunsten von Mitgliedern des Vorstands und des Aufsichtsrats	–	–

Bemessungsgrundlage der erfolgsabhängigen Vergütungen des Vorstands ist die Gesamtkapitalrendite, die ausgehend vom Ergebnis vor Ertragsteuern zuzüglich der Fremdkapitalzinsen bezogen auf das durchschnittliche Vermögen erwirtschaftet wird.

Ab 01.01.2006 gehörten dem Vorstand neun (im Jahr 2005: acht) Mitglieder an. Außerdem waren im Jahr 2006 zwei Mitglieder des Vorstandes (im Jahr 2005: ein Mitglied) in das Ausland delegiert, wodurch die delegationsbedingten Zahlungen spürbar zunahm. Bereinigt um diese Effekte hat sich die Barvergütung gegenüber dem Jahr 2005 um 8,5 % erhöht.

Ferner wurden den Mitgliedern des Vorstands im Jahr 2006 im Rahmen des BASF-Aktienoptionsprogramms 184.156 Optionsrechte gewährt.

Die Optionsrechte der aktiven und ehemaligen Mitglieder des Vorstands führten im Jahr 2006 zu einem Personalaufwand von insgesamt 8,4 Millionen € und im Jahr 2005 von 6,3 Millionen €.

Die Vergütung des Vorstands und des Aufsichtsrats ist im Einzelnen im Rahmen des Vergütungsberichts auf den Seiten 15 bis 19 des Lageberichts erläutert.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats und des Vorstands, einschließlich der von ihnen mitgeteilten Mandate, sind auf den Seiten 12 bis 14 aufgeführt.

Entsprechenserklärung

Die Entsprechenserklärung gemäß § 161 AktG zum Deutschen Corporate Governance Kodex (siehe Seite 23) wurde vom Vorstand und Aufsichtsrat der BASF AG abgegeben und ist den Aktionären im Internet zugänglich unter:

> corporate.basf.com/governance_d

Anteilsbesitzliste

Die Zusammenstellung des Beteiligungsbesitzes (Anteilsbesitzliste) der BASF AG gemäß § 287 HGB wird beim Handelsregister des Amtsgerichts Ludwigshafen (Rhein) HRB 3000 hinterlegt. Die Anteilsbesitzliste kann bei der BASF AG bezogen werden und ist im Internet veröffentlicht unter:

> corporate.basf.com/cg_berichte

9. IMMATERIELLE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE

Entwicklung 2006

Millionen €	Gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte*	Geschäfts- oder Firmenwert	Geleistete Anzahlungen	Gesamt
Anschaffungskosten				
Stand am 01.01.2006	645,3	107,1	6,7	759,1
Zugänge	25,1	–	0,7	25,8
Abgänge	338,5	–	–	338,5
Umbuchungen	0,9	–	–0,9	0,0
Stand am 31.12.2006	332,8	107,1	6,5	446,4
Abschreibungen				
Stand am 01.01.2006	524,5	27,3	–	551,8
Zugänge	43,9 ¹	5,6	–	49,5
Abgänge	338,5	–	–	338,5
Stand am 31.12.2006	229,9	32,9	–	262,8
Nettobuchwert am 31.12.2006	102,9	74,2	6,5	183,6
Nettobuchwert am 31.12.2005	120,8	79,8	6,7	207,3

* Inklusive Lizenzen an solchen Rechten und Werten

¹ Davon 4,8 Millionen € außerplanmäßige Abschreibungen

10. SACHANLAGEN

Entwicklung 2006

Millionen €	Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten*	Technische Anlagen und Maschinen	Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	Gesamt
Anschaffungskosten					
Stand am 01.01.2006	2.483,1	9.278,3	1.202,7	146,2	13.110,3
Zugänge	16,6	139,6	51,1	147,9	355,2
Abgänge	4,2	48,0	40,5	11,4	104,1
Umbuchungen	10,2	75,4	22,7	–108,3	0,0
Stand am 31.12.2006	2.505,7	9.445,3	1.236,0	174,4	13.361,4
Abschreibungen					
Stand am 01.01.2006	2.017,0	8.470,5	1.058,5	–	11.546,0
Zugänge	38,7 ¹	282,4 ²	64,7 ³	–	385,8
Abgänge	2,9	47,2	39,6	–	89,7
Umbuchungen	0,2	–0,6	0,4	–	0,0
Zuschreibungen	–	–	–	–	–
Stand am 31.12.2006	2.053,0	8.705,1	1.084,0	–	11.842,1
Nettobuchwert am 31.12.2006	452,7	740,2	152,0	174,4	1.519,3
Nettobuchwert am 31.12.2005	466,1	807,8	144,2	146,2	1.564,3

* Einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken

¹ Davon 0,1 Millionen € außerplanmäßige Abschreibungen

² Davon 12,0 Millionen € außerplanmäßige Abschreibungen

³ Davon 0,3 Millionen € außerplanmäßige Abschreibungen

11. FINANZANLAGEN

Entwicklung 2006 Beteiligungen

Millionen €	Anteile an verbundenen Unternehmen	Anteile an übrigen Beteiligungen	Beteiligungen Gesamt
Anschaffungskosten			
Stand am 01.01.2006	15.766,1	389,8	16.155,9
Zugänge	11.394,2	4,6	11.398,8
Abgänge	10.027,8	21,7	10.049,5
Stand am 31.12.2006	17.132,5	372,7	17.505,2
Abschreibungen			
Stand am 01.01.2006	257,3	43,4	300,7
Zugänge	86,1	3,9	90,0
Abgänge	5,1	18,3	23,4
Zuschreibungen	7,5	-	7,5
Stand am 31.12.2006	330,8	29,0	359,8
Nettobuchwert am 31.12.2006	16.801,7	343,7	17.145,4
Nettobuchwert am 31.12.2005	15.508,8	346,4	15.855,2

Die hohen Zugänge und Abgänge bei Beteiligungen resultieren aus den Akquisitionen der Engelhard-Gruppe und der Degussa-Bauchemie, bei denen BASF AG in den

Erwerbsprozess involviert war, sowie einer teilweisen Verlagerung der konzerninternen Finanzierungsfunktion innerhalb der BASF-Gruppe.

Entwicklung 2006 Ausleihungen und andere Finanzanlagen

Millionen €	Ausleihungen an verbundene Unternehmen	Ausleihungen an übrige Beteiligungen	Sonstige Ausleihungen und andere Finanzanlagen	Ausleihungen und andere Finanzanlagen	Finanzanlagen Gesamt
Anschaffungskosten					
Stand am 01.01.2006	955,6	16,5	22,9	995,0	17.150,9
Zugänge	106,7	3,9	3,0	113,6	11.512,4
Abgänge	779,1	1,5	7,3	787,9	10.837,4
Stand am 31.12.2006	283,2	18,9	18,6	320,7	17.825,9
Abschreibungen					
Stand am 01.01.2006	16,2	0,0	3,7	19,9	320,6
Zugänge	17,7	0,3	0,5	18,5	108,5
Abgänge	11,5	-	0,3	11,8	35,2
Zuschreibungen	-	-	0,3	0,3	7,8
Stand am 31.12.2006	22,4	0,3	3,6	26,3	386,1
Nettobuchwert am 31.12.2006	260,8	18,6	15,0	294,4	17.439,8
Nettobuchwert am 31.12.2005	939,4	16,5	19,2	975,1	16.830,3

12. VORRÄTE

Millionen €	2006	2005
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	219,9	173,6
Unfertige und fertige Erzeugnisse, Waren	1.105,7	1.025,1
Unfertige Leistungen	34,2	54,4
Geleistete Anzahlungen	0,6	0,7
	1.360,4	1.253,8

Unfertige und fertige Erzeugnisse sowie Waren sind auf Grund der Produktionsgegebenheiten der chemischen Industrie zu einem Posten zusammengefasst.

Die Anschaffungs- oder Herstellungskosten der Rohstoffe, der unfertigen und fertigen Erzeugnisse und Waren werden nach der Lifo-Methode ermittelt. Die Hilfs- und Betriebsstoffe werden überwiegend nach der Durch-

schnittskostenmethode bewertet. Für die nach der Lifo-Methode bewerteten Vorräte ergibt sich ein Unterschiedsbetrag (Lifo-Reserve) für Rohstoffe von zirka 35 Millionen € (Vorjahr 33 Millionen €) und für Erzeugnisse und Waren von zirka 115 Millionen € (Vorjahr 66 Millionen €) im Vergleich zu einer Bewertung zu Durchschnittskosten beziehungsweise niedrigeren Börsen- oder Marktwerten.

13. FORDERUNGEN UND SONSTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE

Millionen €	2006		2005	
		davon Restlaufzeit über 1 Jahr		davon Restlaufzeit über 1 Jahr
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.540,8	–	1.451,0	0,1
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	10.457,8	.	4.823,5	–
Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteteiligungsverhältnis besteht	36,7	–	50,0	–
Sonstige Vermögensgegenstände	369,5	172,6	334,9	62,3
	12.404,8	172,6	6.659,4	62,4

Die antizipativen Posten, Steuer- und Zinsabgrenzungen betragen im Jahr 2006 54,8 Millionen € und im Vorjahr

7,1 Millionen €. Darin enthalten sind 53,0 Millionen € Zinsabgrenzungen für Wertpapiere des CTA.

14. GELD UND GELDLANLAGEN

In den liquiden Mitteln und den sonstigen Wertpapieren des Umlaufvermögens sind 3.675,6 Millionen € enthalten, die zur Sicherung von Pensionsverpflichtungen im Rahmen eines Contractual Trust Arrangement (CTA) in den BASF Pensionstreuhand e.V. eingebracht wurden. Diese

zweckgebundenen Mittel sind nach HGB weiterhin in der Bilanz der BASF AG auszuweisen. Die Einrichtung des CTA erfolgte im Dezember 2005. Zum 31.12.2005 hielt der Pensionsfonds die finanziellen Mittel noch in Form von Festgeldern. Plangemäß erfolgten 2006 überwiegend Anlagen in Wertpapiere.

15. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN

Millionen €	2006	2005
Disagio	10,8	7,5
Einmalzahlung Tarifvertrag	-	15,8
Übrige	22,7	20,4
	33,5	43,7

Disagio entstand bei der Aufnahme der 3,50-%-Euro-Anleihe 2003/2010, der 3,375-%-Euro-Anleihe 2005/2012, der 4,00-%-Euro-Anleihe 2006/2011, der 4,5-%-Euro-Anleihe 2006/2016 sowie der 3-Monats-EURIBOR-Anleihe

2006/2009 und wird als Zinsaufwand über die Laufzeit der Verbindlichkeit abgeschrieben. Übrige Rechnungsabgrenzungsposten enthalten Vorauszahlungen für den laufenden Geschäftsbetrieb.

16. KAPITAL UND KAPITALRÜCKLAGE

	Ausstehende Aktien (Stück)	Gezeichnetes Kapital €	Kapitalrücklage €
Ausstehende Aktien am 31.12.2006	501.090.000	1.282.790.400,00	3.031.734.155,93
Zur Einziehung vorgesehene eigene Aktien	-1.410.000	-3.609.600,00	0,00
Bilanzausweis	499.680.000	1.279.180.800,00	3.031.734.155,93

Im Jahr 2006 wurden 14.699.000 Aktien zurückgekauft, von denen 1.410.000 Aktien nicht eingezogen und daher offen vom Kapital abgesetzt wurden. Bis zum 31.12.2006 wurden 13.969.000 Aktien eingezogen. Davon entfielen

680.000 Aktien auf im Vorjahr zum Zwecke der Einziehung erworbene Aktien. Das Grundkapital der BASF AG wurde entsprechend um den auf 13.969.000 Aktien entfallenden anteiligen Betrag von 35.760.640 € herabgesetzt.

Millionen €	Bedingtes Kapital		Genehmigtes Kapital	
	2006	2005	2006	2005
Stand am 01.01.	411,7	424,0	500,0	500,0
Bedingtes Kapital zur Sicherstellung der Ausübung von Optionen auf BASF-Aktien im Fall der Begebung von Optionsschuldverschreibungen Abgang wegen Fristablauf (01.04.2006)	-384,0			
Bedingtes Kapital für das BASF-Aktienoptionsprogramm BOP 1999/2000, BOP 2001/2005, Abgang wegen Verfall von Optionsrechten	-5,3	-12,3		
Stand am 31.12.	22,4	411,7	500,0	500,0

Aktienrückkauf/eigene Aktien

Die Hauptversammlung ermächtigte am 4. Mai 2006 den Vorstand, bis zum 3. November 2007 bis zu 10 % der ausgegebenen Aktien zu erwerben. Der Erwerb erfolgt über die Börse oder im Wege eines an alle Aktionäre gerichteten öffentlichen Erwerbsangebots. Der Erwerbspreis je Aktie darf bei einem Erwerb über die Börse den höchsten am Erwerbstag festgestellten Kurs nicht überschreiten und darf höchstens 25 % darunterliegen. Bei einem öffentlichen Erwerbsangebot darf der angebotene und gezahlte Erwerbspreis je Aktie bis zu 10 % über dem höchsten Börsenkurs des dritten Börsentags vor der Veröffentlichung des Erwerbsangebots liegen. Mit dieser Ermächtigung endet die von der Hauptversammlung am 28. April 2005 erteilte Ermächtigung zum Erwerb eigener Aktien.

Die Hauptversammlung am 4. Mai 2006 ermächtigte den Vorstand, darüber hinaus eigene Aktien auch unter Einsatz von Put- und Call-Optionen zu erwerben. Der dabei von der Gesellschaft für Optionen gezahlte Erwerbspreis darf nicht über und der von der Gesellschaft vereinbarte Veräußerungspreis für Optionen darf nicht unter dem nach anerkannten finanzmathematischen Methoden ermittelten theoretischen Marktwert der jeweiligen Optionen liegen, bei dessen Ermittlung unter anderem der vereinbarte Ausübungspreis zu berücksichtigen ist.

Der Vorstand ist ermächtigt, die erworbenen Aktien ohne weiteren Hauptversammlungsbeschluss einzuziehen. Eine Veräußerung eigener Aktien darf nur nach einem entsprechenden weiteren Hauptversammlungsbeschluss erfolgen, außer wenn die Aktien mit Zustimmung des Aufsichtsrats für den Erwerb von Unternehmen, Unternehmensteilen oder Beteiligungen an Unternehmen gegen Überlassung von Aktien verwendet werden.

Im Geschäftsjahr 2006 hat die BASF AG insgesamt 14.699.000 Aktien oder 2,86 % des Grundkapitals auf Grund der jeweiligen Ermächtigungen zu einem Kurs von durchschnittlich 63,84 € erworben. Am Bilanzstichtag standen insgesamt 1.410.000 eigene Aktien im Eigentum der BASF AG. Diese Aktien wurden zum Zweck der Einziehung erworben. Sie wurden deshalb nicht aktiviert, sondern vom gezeichneten Kapital abgesetzt. 13.969.000 Aktien wurden im Geschäftsjahr 2006 eingezogen. Davon entfielen 680.000 Aktien auf im Vorjahr erworbene Aktien.

Insgesamt hat die BASF im Jahr 2006 für den Aktienrückkauf 938,4 Millionen € ausgegeben. Davon wurden 3,6 Millionen € offen vom gezeichneten Kapital abgesetzt und 936,6 Millionen € den anderen Gewinnrücklagen entnommen. Hierin enthalten ist der entsprechend auf 680.000 Aktien entfallende anteilige Betrag von 1,7 Millionen € aus dem Vorjahr.

Bedingtes Kapital

Vom bedingten Kapital der BASF dienen 22,4 Millionen € zur Erfüllung von Optionsrechten aus dem Aktienoptionsprogramm für Vorstandsmitglieder und Führungskräfte BOP 2001/2005 und ein Spitzenbetrag von weniger als 0,1 Millionen € dient der Erfüllung von Abfindungsansprüchen ehemaliger Wintershall-Aktionäre. Die Abfindungsansprüche sind seit Juli 2004 verjährt.

Meldungen gemäß § 21 Abs. 1 WpHG

Die Axa Investment Managers Deutschland GmbH hat uns namens und mit Vollmacht der Axa S.A., 25 Avenue Matignon, 75008 Paris/Frankreich, mitgeteilt, dass der Stimmrechtsanteil der Axa S.A. am 03.01.2007 die Schwelle von 5 % der Stimmrechte an der BASF Aktiengesellschaft überschritten hat und nun 5,17 % der Stimmrechte beträgt. Die Stimmrechte werden der Axa S.A. gemäß § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 6 i.V.m. § 22 Abs. 1 Satz 2 WpHG zugerechnet.

Genehmigtes Kapital

Die Hauptversammlung vom 29. April 2004 ermächtigte den Vorstand, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das gezeichnete Kapital bis zum 1. Mai 2009 um bis zu 500,0 Millionen € durch die Ausgabe neuer Aktien gegen Geld- oder Sacheinlage zu erhöhen. Der Vorstand ist ermächtigt, das gesetzliche Bezugsrecht in den im Ermächtigungsbeschluss genannten Fällen auszuschließen.

Kapitalrücklage

Millionen €	2006
Stand am 01.01.	2.996,0
Umgliederung von Gewinnrücklagen in Höhe des Nennbetrages der 2006 eingezogenen eigenen Aktien	35,8
Stand am 31.12.	3.031,8

17. GEWINNRÜCKLAGEN UND BILANZGEWINN

Millionen €	2006
Andere Gewinnrücklagen	
Stand am 01.01.	4.597,4
Verwendung für Aktienrückkauf	936,6
Einstellung aus dem Jahresüberschuss	–
Stand am 31.12.	3.660,8
Bilanzgewinn	
Gewinnvortrag	273,8
Jahresüberschuss	1.951,3
Einstellung in andere Gewinnrücklagen	–
Stand am 31.12.	2.225,1

18. RÜCKSTELLUNGEN FÜR PENSIONEN UND ÄHNLICHE VERPFLICHTUNGEN

Den Mitarbeitern der BASF AG wird eine Grundversorgung durch die rechtlich selbständige BASF Pensions-

kasse VVaG gewährt, die sich aus Mitglieds- und Firmenbeiträgen und ihren Vermögenserträgen finanziert.

Darüber hinausgehende Zusagen von Betriebsrenten werden durch Pensionsrückstellungen finanziert.

19. SONSTIGE RÜCKSTELLUNGEN

Millionen €	2006		2005	
		davon voraussichtliche Inanspruchnahme innerhalb eines Jahres		davon voraussichtliche Inanspruchnahme innerhalb eines Jahres
Umweltschutzmaßnahmen und Beseitigung von Altlasten	163,3	20,2	146,2	20,5
Personalverpflichtungen	1.191,8	628,6	1.101,6	614,3
Verpflichtungen auf Grund von Verkaufsgeschäften	132,5	109,2	81,9	81,9
Integrations-, Stilllegungs- und Umstrukturierungsmaßnahmen	40,1	38,8	145,3	141,5
Prozess-, Schadenersatz-, Gewährleistungs- und ähnliche Verpflichtungen	187,7	121,0	281,1	84,8
Instandhaltung und Reparaturen	28,1	22,8	48,5	39,0
Übrige	269,3	227,9	310,6	247,9
	2.012,8	1.168,5	2.115,2	1.229,9

Im Berichtsjahr wurden Rückstellungen in Höhe von 227,5 Millionen € ergebniswirksam aufgelöst (Vorjahr 65,5 Millionen €).

20. VERBINDLICHKEITEN

Finanzschulden

Millionen €	2006	2005
3,5%-Euro-Anleihe 2003/2010 der BASF Aktiengesellschaft	1.000,0	1.000,0
3,375%-Euro-Anleihe 2005/2012 der BASF Aktiengesellschaft	1.400,0	1.400,0
4%-Euro-Anleihe 2006/2011 der BASF Aktiengesellschaft	1.000,0	–
4,5%-Euro-Anleihe 2006/2016 der BASF Aktiengesellschaft	500,0	–
3-Monats-EURIBOR-Anleihe 2006/2009 der BASF Aktiengesellschaft	500,0	–
Commercial Papers	3.219,3	–
Anleihen und sonstige Kapitalmarktverbindlichkeiten	7.619,3	2.400,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0,4	–
	7.619,7	3.941,0

Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen

Millionen €	2006	2005
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.130,0	872,9
Erhaltene Anzahlungen	–	2,7
Sonstige Verbindlichkeiten	10.940,9	10.540,0
	12.070,9	11.415,6

Übrige Verbindlichkeiten

Millionen €	2006	2005
Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	7,3	21,5
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	81,0	101,4
Sonstige Verbindlichkeiten	238,3	196,9
davon aus Steuern	56,0	33,0
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit	17,5	47,3
Übrige Verbindlichkeiten	326,6	319,8

Restlaufzeiten der Verbindlichkeiten

Millionen €	2006		2005	
	bis 1 Jahr	über 5 Jahre	bis 1 Jahr	über 5 Jahre
Finanzschulden	3.219,7	1.900,0	–	1.400,0
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	561,0	–	449,5	–
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	10.460,9	–	10.935,6	480,0
Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	7,3	–	21,5	–
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	81,0	–	101,4	–
Sonstige Verbindlichkeiten	218,1	18,3	193,6	1,0
	14.548,0	1.918,3	11.701,6	1.881,0

Gesicherte Verbindlichkeiten

Millionen €	2006	2005
Sonstige Verbindlichkeiten	37,7	15,5

Als Sicherheiten wurden hauptsächlich Wertpapiere verpfändet. Außerdem sind von BASF AG Erklärungen zu Gunsten der BASF Pensionskasse VVaG über die Einhal-

tung bestimmter Bilanzrelationen sowie über den Verzicht auf Bestellung grundpfandrechtlicher Sicherheiten gegenüber Anleihegläubigern abgegeben worden.

21. HAFTUNGSVERHÄLTNISSE UND SONSTIGE FINANZIELLE VERPFLICHTUNGEN

Der Ansatz der nachfolgend dargestellten Haftungsverhältnisse und sonstigen Verpflichtungen erfolgt zu Nominalwerten.

Haftungsverhältnisse

Millionen €	2006	2005
Verbindlichkeiten aus der Begebung und Übertragung von Wechseln	5,2	5,3
davon gegenüber verbundenen Unternehmen	-	0,3
Verbindlichkeiten aus Bürgschaften	715,0	966,4
davon gegenüber verbundenen Unternehmen	293,2	388,1
Verbindlichkeiten aus Gewährleistungsverträgen	473,2	961,3
davon gegenüber verbundenen Unternehmen	471,7	867,6
	1.193,4	1.933,0

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Millionen €	2006	2005
	366,8	484,8
davon gegenüber verbundenen Unternehmen	71,1	131,9

Langfristige Abnahmeverpflichtungen

BASF AG kauft Rohstoffe weltweit sowohl auf Basis langfristiger Verträge als auch an Spotmärkten ein. In diesem Zusammenhang abgeschlossene Waren-Swap-Verträge

werden mit den entsprechenden Gegengeschäften saldiert. Aus Verträgen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr bestanden folgende feste Abnahmeverpflichtungen:

Millionen €	2006	2005
	6.241,2	6.346,9
davon gegenüber verbundenen Unternehmen	1.820,3	1.753,2

22. DERIVATIVE INSTRUMENTE

Einsatz derivativer Instrumente

Die BASF AG ist im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit Währungs-, Zinsänderungs- und Preisrisiken ausgesetzt. Diese Risiken werden nach einer zentral

festgelegten Strategie durch derivative Instrumente abgesichert. Zusätzlich werden derivative Instrumente auch als Ersatz für originäre Finanzinstrumente, zum Beispiel Aktien oder festverzinsliche Wertpapiere, genutzt. Eine Absicherung wird nur für bestehende Grundgeschäfte aus dem Produktgeschäft, Geldanlagen und Finanzierungen

sowie erwartete Umsätze und Rohstoffbezüge vorgenommen. Der mit Derivaten erzielbare Hebeleffekt wird bewusst nicht genutzt. Die derivativen Finanzinstrumente werden bei BASF AG nicht zu Handelszwecken genutzt.

BASF AG unterliegt dem Kreditrisiko, soweit Derivate einen positiven Marktwert haben und die Vertragspartner ihre Leistungen nicht erfüllen können. Zur Beschränkung des Ausfallrisikos bei positiven Marktwerten der Derivate werden Transaktionen nur im Rahmen festgelegter Limits mit Banken und Partnern sehr guter Bonität getätigt.

Um ein effizientes Risikomanagement zu ermöglichen, werden die Marktrisiken bei der BASF AG wirtschaftlich zentralisiert, soweit nicht einzelne Gruppengesellschaften zum Abschluss von Derivaten unter Einhaltung obiger Grundsätze ermächtigt wurden. Der Abschluss und die Abwicklung der Geschäfte erfolgen nach internen Richtlinien und unterliegen strengen Kontrollen unter Berücksichtigung der Funktionstrennung.

Die aus den Grundgeschäften resultierenden Risiken sowie die zur Absicherung abgeschlossenen Derivategeschäfte werden laufend überwacht. Gleiches gilt für die Marktentwicklung bei als Ersatz für originäre Finanzinstrumente abgeschlossenen derivativen Instrumenten. Hierzu werden anhand von Marktnotierungen beziehungsweise EDV-gestützt über finanzmathematische Modelle die jeweils gültigen Marktwerte sowohl der Grundgeschäfte als auch der Derivategeschäfte ermittelt und einander gegenübergestellt.

Management der Währungs- und Zinsrisiken

Devisenderivate bestehen zur Absicherung des Wechselkursrisikos insbesondere gegenüber dem US-Dollar, dem britischen Pfund und dem japanischen Yen. Devisentermingeschäfte und kombinierte Zins-/Währungsderivate wurden insbesondere zur Absicherung von Krediten, die an Gruppengesellschaften ausgereicht wurden, abgeschlossen.

Marktwerte derivativer Finanzinstrumente

Millionen €	2006	2005
Devisentermingeschäfte	54,4	45,1
Währungsoptionen	38,1	-29,6
Kombinierte Zins-/Währungsswaps	34,6	151,8
Warenderivate	-8,6	-3,7
	118,5	163,6

Die Marktwerte entsprechen der Differenz zwischen Einstands- und Rückkaufwert, der aus Marktnotierungen oder durch Einsatz finanzmathematischer Optionspreismodelle ermittelt wird beziehungsweise bei nicht börsennotierten Kontrakten der Leistung bei vorzeitiger Auf-

lösung entspricht. Gegenläufige Wertentwicklungen aus den Grundgeschäften werden nicht berücksichtigt. Von dem Gesamtbetrag der Nominalwerte von 25,2 Milliarden € entfallen 23,7 Milliarden € auf Devisentermingeschäfte, 1,2 Milliarden € auf Währungsoptionen und 0,1 Milliarden € auf kombinierte Zins-/Währungsswaps. Die Nominalwerte sind die unsaldierten Summen der Kauf- oder Verkaufsbeträge der jeweiligen Derivate.

Warenderivate werden zur Absicherung von Rohstoffpreisen, zum Beispiel Naphtha-Preisen, eingesetzt. Rückstellungen für drohende Verluste aus Währungs-, Zins- oder Preisschwankungen betragen 67,2 Millionen €. Anschaffungskosten für Derivate sowie daraus realisierte Ergebnisse wurden in Höhe von 59,1 Millionen € in den sonstigen Vermögensgegenständen aktiviert beziehungsweise in Höhe von 6,7 Millionen € in den sonstigen Verbindlichkeiten passiviert.

23. DIENSTLEISTUNGEN DES ABSCHLUSSPRÜFERS

BASF AG hat folgende Dienstleistungen von KPMG (Vorjahr: Deloitte) in Anspruch genommen:

Millionen €	2006	2005
Abschlussprüfung	4,3	2,3
Sonstige Bestätigungsleistungen	0,1	1,8
Steuerberatung	-	0,2
Sonstige Leistungen	0,8	-
Summe	5,2	4,3

Die Abschlussprüfung betraf Aufwendungen für die Prüfung des Einzelabschlusses der BASF AG sowie des BASF-Konzernabschlusses. Der Anstieg der Prüfungskosten im Jahr 2006 ist dadurch bedingt, dass BASF AG in Rechnung gestellte Beträge für die Prüfung von Eröffnungsbilanzen neu akquirierter Gesellschaften übernommen hat. Sonstige Leistungen fielen im Zusammenhang mit Due-Diligence-Aufträgen sowie Bestätigungen hinsichtlich der Einhaltung gesetzlicher Bestimmungen an.

Ludwigshafen am Rhein, den 20. Februar 2007

Der Vorstand

HERAUSGEBER

BASF Aktiengesellschaft
Kommunikation BASF-Gruppe
67056 Ludwigshafen
Deutschland

ANSPRECHPARTNER**Corporate Media Relations**

Michael Grabicki, Tel.: +49 621 60-99938, Fax: +49 621 60-92693

Investor Relations

Magdalena Moll, Tel.: +49 621 60-48230, Fax: +49 621 60-22500

Zentrale

Tel.: +49 621 60-0, Fax: +49 621 60-42525

Internet

www.basf.de

BASF Aktiengesellschaft, 67056 Ludwigshafen, Deutschland